



Ibero-Analysen

Dokumente, Berichte und Analysen
aus dem Ibero-Amerikanischen Institut
Preußischer Kulturbesitz
Berlin

Heft 29

Januar 2018

Chile nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2017: Eine Wahlanalyse

Christian Pfeiffer / Enrique Fernández Darraz



**Ibero-Amerikanisches
Institut**
Preußischer Kulturbesitz

Dr. Enrique Fernández ist Professor der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universidad de Tarapacá, Chile. E-Mail: efernandezdarraz@gmail.com
Christian Pfeiffer, M. A., ist derzeit Stipendiat des binationalen Promotionsstudienganges "Interdisziplinäre sozio-kulturelle Studien (Europa und Lateinamerika)" der Universidad Nacional de La Plata und der Universität Rostock. E-Mail: christian.pfeiffer@uni-rostock.de



**Ibero-Amerikanisches
Institut**
Preußischer Kulturbesitz

The Ibero-Amerikanisches Institut (IAI, Ibero-American Institute) is an interdisciplinary center for academic and cultural exchange between Germany and Latin America, the Caribbean, Spain and Portugal. It is home to the largest specialist library in Europe for the Ibero-American region. It is also a place of knowledge production, exchange and cultural translation. Combining an information center, a research center and a cultural center, the IAI is both a platform for cooperation and a catalyst for intercultural and transcultural dialog.

The intended audience for the **IBERO-ANALYSEN** Series are decision-makers from politics, business fields, and the arts. The series confronts thematic and country-specific issues and provides relevant information on the politics, economy, society, and culture of different Ibero-American countries. While this information is topical in nature, it goes beyond the mere scope of day-to-day politics. **IBERO-ANALYSEN** is a forum in which recognized experts present contextualized knowledge in an accessible manner, thereby stimulating and supporting the inter-cultural dialogue between Germany and the Ibero-American region.

The Ibero-American Institute (IAI) is committed to presenting diverse viewpoints in its publications. However, these views are those of the authors and are not necessarily the views held by the IAI. **IBERO-ANALYSEN** publications are intended only for personal use. Material may be reprinted only with the proper approval of the IAI and with a full citation identifying the source. The **IBERO-ANALYSEN** Series can be accessed as PDFs through the IAI Homepage:
(<http://www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen/bisherige-ausgaben.html>).

Redaktion

Dr. Peter Birle
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz
Forschungsabteilung
Potsdamer Straße 37
10785 Berlin
Telefon: 030 – 266 45 3000
Telefax: 030 – 266 35 1550
e-mail: birle@iai.spk-berlin.de
<http://www.iai.spk-berlin.de>

Satz: Patricia Schulze

1. Auflage 2018

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz,
Potsdamer Straße 37, 10785 Berlin

ISBN 978-3-935656-70-2

This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:
<<http://www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html>>



Chile nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2017: Eine Wahlanalyse

Christian Pfeiffer / Enrique Fernández Darraz

Zusammenfassung

Am 19. November 2017 waren die Bürger Chiles aufgerufen, ihre neue politische Führung und Repräsentation für die kommenden vier Jahre zu wählen. Sebastián Piñera, der bereits von 2009 bis 2013 die Präsidentschaft inne hatte, konnte den ersten Wahlgang für sich entscheiden, allerdings mit einem aufgrund von Umfragen so nicht erwarteten schwachen Ergebnis. Piñeras Widersacher Alejandro Guillier erzielte das schlechteste Ergebnis eines politisch Mitte-links stehenden Präsidentschaftskandidaten seit der Transition, er konnte jedoch knapp vor der Kandidatin der linken *Frente Amplio*, Beatriz Sánchez, in die Stichwahl einziehen, die am 17. Dezember 2017 abgehalten wurde. Diese wurde unterwartet deutlich von Sebastián Piñera gewonnen, der ab dem 11. März 2018 Chile für die kommenden vier Jahre regieren wird.

Das am 19. November 2017 gewählte Abgeordnetenhaus sowie der Senat spiegeln in ihrer zukünftigen Zusammensetzung die neue politische Realität Chiles wieder. Die zwei bislang dominanten politischen Kräfte *Chile Vamos* und *Nueva Mayoría* werden durch die erst 2017 gegründete *Frente Amplio* ergänzt, die mit einer nen-

nenswerten Repräsentation im Abgeordnetenhaus debütiert.

Mit dem Wahlergebnis reiht sich Chile in eine politische Konjunktur Lateinamerikas ein, die von einem allgemeinen Aufschwung politisch rechts- oder Mitte-rechts stehender Politiker und Parteien geprägt ist.

1. Die Ausgangslage

Seit der Transition ab 1988 von der Militärdiktatur Augusto Pinochets zur Demokratie hat sich Chile zu einer Art politischem und wirtschaftlichem Musterland in Lateinamerika entwickelt. Während das Land in den letzten knapp drei Jahrzehnten sowohl von politischer Stabilität als auch von einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung profitieren konnte, stieg der Lebensstandard weiter Teile der Bevölkerung stark an, sodass Chile gegenwärtig neben Argentinien und Uruguay den prozentual größten Anteil der Mittelschicht an der Gesamtbevölkerung in Lateinamerika aufweisen kann (Stampini/Robles/Sáenz et al. 2015: 10). Gleichzeitig konnte es laut dem US-amerikanischen Think-Tank *Centre for Economic Policy Research* (CEPR) zwischen 1994 und 2016 ein durchschnittliches wirtschaftliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von jährlich 3,0% vorweisen und belegt damit in Lateinamerika hinter Panama und Peru den drit-

Mit dem Wahlergebnis reiht sich Chile in eine politische Konjunktur Lateinamerikas ein, die von einem allgemeinen Aufschwung politisch rechts- oder Mitte-rechts stehender Politiker und Parteien geprägt ist.

Laut dem in Santiago de Chile erscheinenden Latinobarómetro waren 2017 jedoch lediglich 36% der Chilenen mit dem Funktionieren ihrer Demokratie zufrieden, wobei sich das Land allerdings im lateinamerikanischen Vergleich noch im oberen Mittelfeld befindet (Durchschnitt aller lateinamerikanischen Länder: 30%).

ten Platz (Weisbrodt/Merling/Mello et al. 2017: 6). Zudem ist Chile seit 2010 neben Mexiko das einzige lateinamerikanische Land, das Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist, womit es offiziell in den Kreis der am stärksten entwickelten Länder der Erde aufgenommen wurde.

Somit sollte aus einem auf die Makroebene gerichteten Blickwinkel betrachtet eigentlich eine gewisse Zufriedenheit in der chilenischen Bevölkerung herrschen. Laut dem in Santiago de Chile erscheinenden *Latinobarómetro* waren 2017 jedoch lediglich 36% der Chilenen mit dem Funktionieren ihrer Demokratie zufrieden, wobei sich das Land allerdings im lateinamerikanischen Vergleich noch im oberen Mittelfeld befindet (Durchschnitt aller lateinamerikanischen Länder: 30%). Noch besorgniserregender ist der Fakt, dass nur 15% der chilenischen Bevölkerung der Meinung sind, dass das Land wirklich zum Wohle des gesamten chilenischen Volkes regiert wird (*Latinobarómetro* 2017). Dies mag auch damit zusammenhängen, dass in Chile trotz aller wirtschaftlicher Fortschritte der vergangenen Jahre nach wie vor eine enorme soziale Ungleichheit vorherrscht. So beträgt der Gini-Koeffizient des Landes, der die soziale Ungleichheit misst, 0,454% (Stand 2015). Damit hat von den OECD-Ländern nur Mexiko einen höheren Koeffizienten (0,459; Deutschland: 0,289; OECD-Durchschnitt: 0,318).¹

¹ Der Gini-Koeffizient berechnet sich anhand des Einkommens der reichsten zehn Prozent und der ärmsten zehn

Als maßgeblich verantwortlich für die ungleichen Lebensumstände der Chilenen wird von vielen Experten der große Einfluss des neoliberalen Gedankengutes angesehen, das unter der Pinochet-Diktatur zur Wirtschaftsdoktrin wurde und auch in der Demokratie bis heute einen starken Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hat. Chile hat eine der offensten Ökonomien der Welt und weite Teile des öffentlichen Systems wie Bildungs-, Renten- und Gesundheitssystem, die etwa in Deutschland eine starke Präsenz der öffentlichen Hand auszeichnet, sind zum großen Teil oder vollständig privatisiert. Vor allem das Gesundheits- und Rentensystem generieren hohe Gewinne, die allerdings nicht den Verbrauchern zu Gute kommen. Die Gewinne der privatisierten Gesundheitsinstitutionen betragen im ersten Halbjahr 2017 55 Milliarden Chilenische Pesos (umgerechnet 91 Mio. US-Dollar). Die Profite des privaten Rentensystems AFP beliefen sich zwischen Januar und März 2016 auf 116 Milliarden Chilenische Pesos (umgerechnet 193 Mio. US-Dollar). Die monatliche Durchschnittsrente hingegen wird für das Jahr 2016 auf 209.981 Chilenische Pesos beziffert (umgerechnet 350 US-Dollar).

Präsidentin Michelle Bachelet, die Ende 2013 mit 62% der Stimmen und großen Erwartungen der Bevölkerung gewählt wurde und Anfang 2014 das Amt übernahm, lei-

Prozent der Bevölkerung. Einsehbar sind die Daten unter: <http://www.oecd.org/berlin/presse/einkommensungleichheit-bleibt-in-oecd-laendern-auf-hohem-niveau-24112016.htm> (24.1.2018).

det unter chronisch niedrigen Zustimmungswerten, obwohl diese in den letzten Monaten eine steigende Tendenz aufwiesen. Dennoch sprachen ihr laut der letzten Umfrage des chilenischen *Centro de Estudios Públicos* (CEP) nur 29% das Vertrauen aus, während 64% kein Vertrauen in sie hatten (Centro de Estudios Públicos 2017: 42). Dies kontrastiert mit der enormen Popularität, die sie zum Ende ihrer ersten Präsidentschaft genoss. Als sie im März 2010 offiziell die Präsidentschaft an ihren Nachfolger Sebastián Piñera abgab, hatte sie laut dem Umfrageinstitut *Adimark* Zustimmungswerte von 84% (Adimark 2010).

Unter dem Korruptionsskandal um ihren Sohn Sebastián Dávalos im sogenannten "Caso Caval" litt auch ihre eigene Glaubwürdigkeit. Dávalos sowie seine Ehefrau werden beschuldigt, an einem windigen Immobiliendeal teilgenommen und dabei von ihrer Beziehung zu Bachelet profitiert zu haben. Obwohl Bachelet keine persönliche Beteiligung an dem Skandal nachgewiesen werden konnte, gelang es der Opposition, den Eindruck zu erwecken, als hätte sich die Präsidentin ebenfalls schuldig gemacht. Hier ist eine Eigenschaft der politischen Kultur Lateinamerikas herauszulesen: Korruptionsfälle innerhalb der politischen Linken werden von der öffentlichen Meinung oftmals stärker bestraft als Fälle gleichen oder umfangreicheren Ausmaßes in der Rechten.

Generell haben sich in den vergangenen vier Jahren in Regie-

rung wie Opposition Korruptionsskandale gehäuft. Dabei herrschte lange Zeit die Meinung vor, dass Chile ein Sonderfall im unter starker Korruption leidenden Lateinamerika sei.² Diese Wahrnehmung änderte sich nun. So nahm im *Latinobarómetro* 2017 die Korruption hinter der Kriminalität den zweiten Platz unter den am stärksten durch die chilenischen Bürger wahrgenommenen Problemen ein (Latinobarómetro 2017: 60).

Zu den prominentesten Korruptionsfällen gehören neben besagtem "Caso Caval" auch die von der breiten Öffentlichkeit intensiv verfolgten Anschuldigungen gegen zahlreiche Senatoren wie etwa Pablo Longueira³ und Jorge Pizarro⁴ im sogenannten

² So ist Chile eines der wenigen Länder Lateinamerikas, in dem keine Beteiligung am sogenannten Odebrecht-Skandal nachgewiesen werden konnte. Der brasilianische Baukonzern Odebrecht hatte jahrelang Bestechungsgelder an lateinamerikanische Politiker bezahlt, um im Gegenzug den Zuschlag bei öffentlichen Infrastrukturprojekten zu erhalten.

³ Pablo Longueira, Politiker der rechten Partei *Unión Demócrata Independiente* (UDI) und ehemaliger Wirtschaftsminister in der ersten Amtszeit von Sebastián Piñera, war 2013 für kurze Zeit Präsidentschaftskandidat der Mitte-rechts-Koalition *Chile Vamos*, nachdem er in den Vorwahlen offiziell zu dessen Kandidaten gewählt worden war. Er verzichtete später aus gesundheitlichen Gründen auf die Kandidatur. Im "Caso SQM" wird ihm vorgeworfen, Geld von der Bergbaufirma SQM erhalten zu haben. Im Gegenzug sollte er sich für ein den Bergbau begünstigendes Gesetz einsetzen. Später trat er aufgrund der Vorwürfe zurück, obwohl er bis in die Gegenwart auf seiner Unschuld beharrt (El Mostrador 2017f).

⁴ Der damalige Präsident der christdemokratischen Partei *Democracia Cristiana* (DC) trat am 2. April 2016 von seinem Amt zurück, nachdem seine drei Söhne der illegalen Wahlkampffinanzierung der DC angeklagt wurden (Arellano M. 2016).

Generell haben sich in den vergangenen vier Jahren in Regierung wie Opposition Korruptionsskandale gehäuft. Dabei herrschte lange Zeit die Meinung vor, dass Chile ein Sonderfall im unter starker Korruption leidenden Lateinamerika sei.

Die Bachelet-Regierung hat das Land in der vergangenen Legislaturperiode nachhaltig verändert und die umfangreichsten Reformen seit 1990 durchgeführt bzw. eingeleitet.

“Caso SQM”, gegen Jaime Orpis im “Caso Corpesca”⁵ oder der Korruptionsskandal in der Polizei *Carabineros de Chile*.⁶ Zu erwähnen sind auch die Vorwürfe gegen den Präsidentschaftskandidaten von *Chile Vamos*, Sebastián Piñera, auf seinen Namen laufenden Unternehmen in seiner Amtszeit als Präsident zwischen 2010 und 2013 Vorteile verschafft zu haben.⁷

Die Bachelet-Regierung hat das Land in der vergangenen Legislaturperiode nachhaltig verändert und die umfangreichsten Reformen seit 1990 durchgeführt bzw. eingeleitet. Bereits im Wahlkampf 2013 hatte sie unter dem Titel “Reformas de Fondo” eine Bildungs- und Steuerreform sowie die Schaffung einer neuen Verfassung angekündigt (Bachelet 2013).

Der Reformkurs war vor allem dadurch möglich, dass die Regierung zum ersten Mal seit der Transition eine Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses hielt und somit in geringerem Maße auf den politischen Willen der Opposition an-

gewiesen war. In der Folge sollen die wichtigsten Reformen kurz dargestellt werden.

Mit der Reform des Wahlsystems wurde sich einer Angelegenheit gewidmet, die bereits seit geraumer Zeit von politischen Beobachtern und Experten angemahnt und bis dahin stets auf einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben wurde. Das binominale System, das zu Beginn der Demokratie für politische Stabilität sorgen sollte, sich jedoch später als wenig dynamisch erwies, wurde abgeschafft und durch ein System mit größerer Proportionalität ersetzt (mehr dazu in Punkt 3.1.).

Die in zwei Schritten vorgenommene Steuerreform (im September 2014 und im Februar 2016) verfolgte u.a. die Ziele, für eine größere Einkommensgleichheit zu sorgen, Steuerflucht schärfer zu verfolgen sowie permanent höhere Ausgaben für das Bildungs- und Gesundheitssystem zu finanzieren. Von der Opposition wurde die Reform mit scharf kritisiert, weil dadurch dringend notwendige Investitionen nicht zustande kämen und die zu vermeidende Steuerflucht zusätzlich motiviert werde (Reyes 2014).

Die 2017 verabschiedete Arbeitsmarktreform sieht eine Stärkung der in Chile schwach ausgeprägten Macht der äußerst zersplitterten Gewerkschaften vor, indem ihre Rolle in kollektiven Verhandlungen mit Unternehmen deutlich ausgebaut wurde. Gleichzeitig sollte dadurch den Arbeitnehmern ein Impuls gegeben

5 Jaime Orpis wurde im April 2016 vom Obersten Gerichtshof die Immunität entzogen und er befindet sich derzeit unter Hausarrest, u.a. da er Bestechungsgelder von der Fischereifirma Corpesca erhalten hatte.

6 Über 70 hohen Posten der *Carabineros de Chile* wird vorgeworfen, etwa 21 Milliarden chilenische Pesos (umgerechnet 30 Mio. US-Dollar) veruntreut zu haben. Dies wäre vom Volumen her einer der größten Korruptionsfälle in der chilenischen Geschichte (El Comercio 2017).

7 Exemplarisch zu nennen wäre hier das Fischereigesetz von 2012, das die von großen Fischereiunternehmen zu zahlenden Abgaben drastisch heruntersetzte. Piñera hielt zu diesem Zeitpunkt nachweislich Anteile an dem Fischereiunternehmen Corpesca (El Mostrador 2017g).

werden, sich einer Gewerkschaft anzuschließen (Emol 2017). Die Bildungsreform hatte das zentrale Anliegen, der Bildung den Charakter eines sozialen Rechts wiederzugeben und die aus der Pinochet-Zeit geerbte Sicht auf Bildung als "Konsumgut" abzuschaffen. Um dies zu erreichen wurde versucht, das Gewinnstreben in den privaten Schulen und die Selektion von Schülern zu verhindern und eine kostenlose Bildung zu garantieren. Auf lange Sicht wird zudem versucht, die Schulen wieder unter staatliche Obhut zu stellen (nachdem sie 1990 in den städtischen Kompetenzbereich gefallen waren). Diese Reform fand ihren Ausdruck in über 20 während der Regierung Bachelet verabschiedeten Gesetzen und vor allem im *Ley 21.040*, das im November 2017 verabschiedet wurde.

Der Umbau der höheren Bildung verfolgt ähnliche Absichten (das versteckte Gewinnstreben in den privaten Universitäten zu beenden, kostenlose Bildung zu ermöglichen, eine neue Beziehung mit den staatlichen Universitäten zu etablieren und dem Staat einen stärkeren Protagonismus zu verschaffen) und wird gegenwärtig im Senat debattiert. Dabei drehen sich die Diskussionen um zwei Gesetze. Eines über die Reform der höheren Bildung, das das gesamte System betrifft, und eines über die staatlichen Universitäten. Es wird jedoch prognostiziert, dass die Verabschiedung der Gesetze in der der Bachelet-Regierung verbleibenden Zeit kaum möglich sein wird. Bis jetzt wurde lediglich das kostenlose Stu-

dieren für die sozial schwächeren Studierenden durchgesetzt, dieses Gesetz wurde jedoch an das Haushaltsgesetz gekoppelt, was bedeutet, dass seine Fortführung jedes Jahr von der parlamentarischen Diskussion zum Haushalt abhängt.

Die teilweise Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen war wohl die Reform, der international am meisten Beachtung geschenkt wurde. Abtreibungen sind nun erlaubt, wenn die Schwangerschaft ein Risiko für das Leben der Schwangeren darstellt, wenn der Embryo schwere Schäden aufweist und wenn die Schwangerschaft Ergebnis einer Vergewaltigung ist. Bis zu diesem Zeitpunkt war Chile eines von nur fünf Ländern weltweit (neben Malta, Nicaragua, El Salvador und der Dominikanischen Republik), das die Abtreibung in jedem Fall verbot (*Ley 21.030*, 2017).

Der sogenannte "Acuerdo de unión civil" (ähnlich wie in Deutschland die lange geltende "Eingetragene Lebenspartnerschaft") wurde im April 2015 verabschiedet. Dieser erlaubt es homosexuellen Paaren, rechtlich als Familie zu gelten, was eine deutliche rechtliche Besserstellung zum vorherigen Status bedeutet (*Ley 20.830*, 2015).

Ausstehend sind nach wie vor Reformen u.a. im stark umstrittenen, im Jahr 1980 privatisierten und seitdem so beibehaltenen Rentensystem AFP (Administradoras de Fondos de Pensiones), gegen das insbesondere im Jahr 2016 massive Demonstrationen abgehalten wurden (unter dem

Die Bildungsreform hatte das zentrale Anliegen, der Bildung den Charakter eines sozialen Rechts wiederzugeben und die aus der Pinochet-Zeit geerbte Sicht auf Bildung als "Konsumgut" abzuschaffen.

In den letzten Jahren haben sich gewisse Veränderungen im System der politischen Kräfte Chiles ergeben, die die Ausgangslage der Parteien und Kandidaten für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen deutlich beeinflussten.

Slogan "NO+AFP"), sowie im Gesundheitssystem. Auch weitere Modifikationen bezüglich des Bildungssystems sind nicht ausgeschlossen.

Trotz der angesprochenen substantziellen Änderungen konnte die Bachelet-Regierung nur wenige Chilenen von ihrer Regierungsführung überzeugen. Dies kann auch daran liegen, dass die meisten Reformen sehr abstrakt und für viele Bürger schwer nachvollziehbar waren. Hinzu kommen eine äußerst defizitäre Kommunikationspolitik und innere Spannungen in der Regierungskoalition bezüglich des Reformkurses. Der Regierung gelang es somit nicht, den Bürgern die erzielten Fortschritte als solche zu verkaufen. Teils bedingt wurde dies dadurch, dass die Mehrheit der reichweitenstärksten Medien der rechten Opposition nahesteht, die die Reformen grundlegend ablehnt oder nicht an einer positiven Berichterstattung über die Bachelet-Regierung interessiert ist. Gleichzeitig wird von einigen Analysten gemutmaßt, dass die chilenische Bevölkerung, die nicht an abrupte Veränderungen gewöhnt ist, mit den in dieser Legislaturperiode durchgeführten Reformen überfordert wurde. Hier mag die vermeintliche Tendenz innerhalb der Bevölkerung zur politischen Mitte eine Rolle spielen.⁸

Im Ausland wird die Regierungszeit von Michelle Bachelet deut-

lich positiver bewertet als in Chile selbst. Die niedrigen Zustimmungswerte werden teils auf das niedrige wirtschaftliche Wachstum Chiles zurückgeführt. Dieses wurde jedoch maßgeblich von externen Faktoren beeinflusst. So war Chile als weltweit größter Exporteur von Kupfer besonders stark von dem niedrigen Weltmarktpreis für diesen Rohstoff betroffen. Dieser befand sich 2011, also in der Amtszeit von Sebastián Piñera, auf dem Höchststand, und war seitdem drastisch gesunken, im letzten Quartal 2017 allerdings bereits wieder steigend (El Mostrador 2017d).

In den letzten Jahren haben sich gewisse Veränderungen im System der politischen Kräfte Chiles ergeben, die die Ausgangslage der Parteien und Kandidaten für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen deutlich beeinflussten. Bisher war die chilenische Politik nahezu ausschließlich von zwei politischen Allianzen geprägt. Dies waren die Mitte-Links-Allianz *Nueva Mayoría* (Nachfolgerin der von 1990 bis 2010 regierenden *Concertación*) sowie die Mitte-Rechts-Allianz *Chile Vamos*. Zudem kamen periodisch dritte politische Kräfte auf, die sich auf nationaler Ebene zu etablieren versuchten, jedoch die Hegemonie der beiden etablierten Bündnisse nicht entscheidend antasten konnten und durch das Wahlsystem benachteiligt wurden.

Die erfolgten Änderungen, die ein zunehmend komplexer werdendes Zusammenwirken der politischen Kräfte in der kommenden

⁸ Laut der Umfrage der CEP vom September/Oktober 2017 bezeichnen sich 28% der politischen Mitte zugehörig (Linke: 16%; Rechte: 20%). Der mit 36% größte Anteil der Befragten gab allerdings an, keine politische Neigung zu haben bzw. die Frage nicht zu verstehen (CEP 2017: 18).

Legislaturperiode vermuten lassen, können in vier Punkte unterteilt werden:

1. Aufgrund des Bruchs der Allianz *Nueva Mayoría* trat das Mitte-Links-Lager zum ersten Mal seit der Transition mit zwei Präsidentschaftskandidaturen an. Die *Democracia Cristiana* (DC) verließ das Bündnis. Dem vorausgegangen war ein innerparteilicher Konflikt der DC, da innerhalb der verschiedenen Flügel kein Konsens bezüglich einer Haltung zum Regierungskurs gefunden werden konnte. So schienen sie nur das christliche Wertesystem als gemeinsamen Nenner ihrer Politik zu haben. Dass die DC mit dem historischen Antagonisten *Partido Comunista de Chile* (PCC) in einer Allianz zusammenarbeiten musste, stieß bei vielen Mitgliedern ebenfalls auf Ablehnung. Die Parteichefin Carolina Goic versuchte die DC zudem auf einen "camino propio" ("eigenen Weg") zu führen. Diese Strategie verfolgte sie aus zwei Gründen. Zum einen, um das Profil der DC zu erneuern und zu schärfen. Im Laufe der Jahre fiel es der Partei immer schwerer, sich in den Parteibündnissen *Concertación* (bis 2013) und *Nueva Mayoría* (ab 2013) mit einem eigenen christdemokratischen Profil zu erkennen zu geben, obwohl die Partei stets der zahlenmäßig bedeutendste Bestandteil der Allianz war. Dies zeigte sich auch in der drastischen Verringerung ihrer Mitgliederzahl. Zum anderen aus persönlichen Motiven der Kandidatin Goic, die die Möglichkeiten als gering einschätzte, sich in einer Vorwahl zur Präsident-

schaftskandidatin der *Nueva Mayoría* durchzusetzen.

2. Mit der *Frente Amplio* (FA) ist eine linke Alternative zur regierenden Mitte-Links-Allianz *Nueva Mayoría* entstanden. Die FA ist ein Zusammenschluss von insgesamt zwölf Parteien,⁹ die vor allem aus den Studentenprotesten für eine Reform des Bildungssystems seit 2011 hervorgegangen sind (Schwabe 2015: 32). Ein direktes Ergebnis dieser Proteste war bereits im Jahr 2013 die Wahl der Studentenfürher Giorgio Jackson (*Revolución Democrática*), Gabriel Boric (*Movimiento Autonomista*), Camila Vallejo und Karol Kariola (beide PCC) in das Abgeordnetenhaus (Schwabe 2017: 33). Die beiden Letzteren wurden jedoch als Abgeordnete der PCC ein Teil der Regierungskoalition *Nueva Mayoría*. Einen großen Einfluss auf die Bildung des linken Zusammenschlusses spielten auch die Proteste gegen die private Rentenversicherung AFP, die 2016 mehr als zwei Millionen Menschen auf die Straße brachten (Schwabe 2017: 26).

Die FA sieht sich als Bündnis gegen die "institutionalisierte Linke" sowie den rechten Teil des Partispektrums, die in den Augen der FA das "politische Establishment" darstellen. So haben die *Concertación* und später die *Nueva Ma-*

Mit der Frente Amplio (FA) ist eine linke Alternative zur regierenden Mitte-Links-Allianz *Nueva Mayoría* entstanden. Die FA ist ein Zusammenschluss von insgesamt zwölf Parteien, die vor allem aus den Studentenprotesten für eine Reform des Bildungssystems seit 2011 hervorgegangen sind.

9 Die *Frente Amplio* besteht aus den Parteien *Movimiento Democrático Popular* (MDP), *Partido Ecologista Verde*, *Revolución Democrática*, *Izquierda Autónoma*, *Poder Ciudadano*, *Izquierda Libertaria*, SOL (*Movimiento Político Socialismo y Libertad*), *Partido Liberal de Chile*, *Partido Igualdad*, *Partido Pirata*, *Movimiento Autonomista*, *Movimiento democrático progresista* (Mdp), *Nueva Democracia* und *Partido Humanista*.

Sowohl FA als auch Podemos stehen der Form der Transition vom Autoritarismus zur Demokratie in ihren Ländern teilweise ablehnend gegenüber, da diese nicht zu einer grundlegenden Änderung der Machtstrukturen und der gesellschaftlichen Ausrichtung geführt habe.

yoría das von der Pinochet-Diktatur geerbte neoliberale System nicht grundlegend angetastet. Programmatisch basiert die FA auf fünf Prinzipien: Respekt vor der Umwelt, Überwindung des Neoliberalismus, Konstruktion einer Alternative zu den zwei seit der Transition dominanten Kräften, Unabhängigkeit von Interessen der Wirtschaft sowie basisdemokratische Entscheidungsfindung (Segovia 2017).

Im Vorfeld der Auswahl der Kandidaten für die Listenplätze in den Wahlkreisen kam es aufgrund der heterogenen Zusammensetzung und des unterschiedlichen Gewichts der Parteien innerhalb der FA bereits zu starken Spannungen. Besondere mediale Aufmerksamkeit erfuhr der Machtkampf zwischen Alberto Mayol und dem Abgeordneten Giorgio Jackson. Mayol, der zuvor in den parteiinternen Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur Beatriz Sánchez unterlegen war, wollte ohne Absprache im selben Wahlkreis wie Jackson kandidieren. Nachdem ihm dies zunächst verweigert wurde, nahm die FA diese Entscheidung als Folge intensiver Diskussionen wieder zurück.

Von Beobachtern wird die Partei in einer Linie mit der spanischen Partei *Podemos* gesehen. Mit dieser gibt es in der Tat zahlreiche Überschneidungen. Beide Parteien haben ihren Ursprung in gesellschaftlichen Mobilisierungen (im Fall von *Podemos* der sogenannte "15-M", im Fall der FA die Studentenproteste von 2011) und das Durchschnittsalter ihrer Aktivist*innen ist deutlich niedriger als

das der etablierten Parteien. Viele ihrer Mitglieder waren zur Zeit der chilenischen Transition noch nicht geboren oder erlebten diese Zeit nicht bewusst mit. Gleiches gilt für viele Mitglieder von *Podemos* im Hinblick auf die spanische Transition und den "Pakt von Moncloa", der den Weg für die aktuell geltende Verfassung bereitete. Dadurch besteht ein gewisses Unverständnis der damaligen Probleme. Sowohl FA als auch *Podemos* stehen der Form der Transition vom Autoritarismus zur Demokratie in ihren Ländern teilweise ablehnend gegenüber, da diese nicht zu einer grundlegenden Änderung der Machtstrukturen und der gesellschaftlichen Ausrichtung geführt habe. Dieser Prozess wurde in den Augen der FA von einer Elite durchgeführt, die sich bis in die Gegenwart in der Macht abgelöst hat und deren Mitglieder sich nicht wesentlich voneinander unterscheiden. Ähnlich wie bei *Podemos* besteht der intellektuelle Rückbau der Partei aus Universitätsdozenten wie etwa dem Soziologen Carlos Ruiz oder dem bereits erwähnten Alberto Mayol, die beide an der *Universidad de Chile* lehren. Zudem baut sich die Parteistruktur grundlegend auf kommunalen Gruppen auf. Im Unterschied zu *Podemos* hat sich jedoch bislang keine klare Führungsperson in der FA herauskristallisiert, was auch mit den zahlreichen am Bündnis teilnehmenden Parteien und Bewegungen zu tun hat.

3. Das Aufkommen einer neuen extremen Rechten, verkörpert von dem unabhängigen Präsidentschaftskandidaten José Anto-

nio Kast, nachdem die lange Zeit dieses Spektrum besetzende UDI allmählich von dem ehemaligen Diktator Augusto Pinochet Abstand nahm, in dessen Erbe sich Kast sieht. Dieser Teil der Gesellschaft vertritt ultrakonservative, religiöse Werte und positioniert sich gegen die sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte, was sich etwa in der Ablehnung eines modernen Geschlechterdiskurses manifestiert.¹⁰

4. Das Aufkommen eines liberalen Flügels im rechten Spektrum des Parteiensystems, der durch die Ende 2012 gegründete Partei *Evolución Política* (Evopoli) um den Politiker Felipe Kast¹¹ vertreten wird. Kast war Kampagnenchef der Präsidentschaftskandidatin von *Chile Vamos* Evelyn Matthei im Wahlkampf 2013. Piñeras Partei *Renovación Nacional* (RN) hegte lange Zeit den Anspruch, dieses politische Spektrum zu verkörpern, was ihr allerdings niemals widerspruchsfrei gelang. Der liberale Ansatz baut auf dem Prinzip der Chancengleichheit für die Persönlichkeitsentwicklung des Individuums auf, wobei die Lösung je-

doch nicht in der Regulierung der wirtschaftlichen Aktivität gesucht wird, sondern in der Schaffung von "Opportunitäten" zur vollen Ausübung der erworbenen Freiheiten. Zudem vertritt die Partei in einigen Themen wie etwa bezüglich des Geschlechterdiskurses liberale Positionen, was sie von den anderen rechten Parteien grundlegend unterscheidet.

2. Der Wahlkampf

Der Wahlkampf wurde vor allem in den sozialen Medien, im Fernsehen sowie im Radio geführt. Massenveranstaltungen, wie dies in den Wahlkämpfen der meisten anderen Länder Lateinamerikas üblich ist, gab es so gut wie keine. Die Süddeutsche Zeitung titelte gar "Eine Wahl ohne Wahlkampf" (Herrmann 2017).

In der Tat waren in den Wochen vor der Wahl am 19. November kaum Anzeichen einer bevorstehenden Wahl im öffentlichen Leben zu erkennen. Die mangelnde Plakatierung und die geringe Präsenz der Kandidaten auf den Straßen hängt auch mit den neuen strengeren Regeln diesbezüglich sowie mit einer deutlichen Einschränkung der Wahlkampffinanzierung zusammen. Zuvor gehörten Wahlkämpfe in Chile mit zu den teuersten in der Welt. Durch das im April 2017 verabschiedete neue Parteigesetz sollte nun die Verbindung zwischen Unternehmensinteressen und der politischen Klasse verringert werden. Wahlkampfspenden von Unternehmen oder anonymen Quellen wurden verboten. Nur Privatpersonen war es erlaubt, Spenden zu tätigen. Gleichzei-

Der Wahlkampf wurde vor allem in den sozialen Medien, im Fernsehen sowie im Radio geführt. Massenveranstaltungen, wie dies in den Wahlkämpfen der meisten anderen Länder Lateinamerikas üblich ist, gab es so gut wie keine. Die Süddeutsche Zeitung titelte gar "Eine Wahl ohne Wahlkampf".

¹⁰ Wie Javier Rebolledo in seinem Buch *A la sombra de los cuervos. Los compli- ces civiles de la dictadura* (2016) darstellt, war der Vater von José Antonio Kast, Michael Kast, Offizier der deutschen Wehrmacht während des 2. Weltkriegs. Er konnte aufgrund eines Aktenfehlers des Roten Kreuzes fliehen, als er sich in Italien befand. Er kam nach Chile dank seiner Verbindungen mit anderen Nazis, die bereits im Land lebten. Später arbeitete er mit dem DINA, dem Geheimdienst Pinochets, zusammen, der für die Folterung und das Ermordung zahlreicher Regimegegner verantwortlich war.

¹¹ Felipe Kast ist Neffe von José Antonio Kast und Sohn eines der wichtigsten Ökonomen der Pinochet-Diktatur, Miguel Kast.

tig wurde das erlaubte Volumen einer Wahlkampfspende eingeschränkt (Fuentes 2017: 9). Außerdem wurden die Regeln für die Verbreitung von Wahlwerbung im öffentlichen Raum deutlich verschärft. Die Dauer der Wahlkampagne wurde reduziert (Fuentes 2017: 8f.).

Der Wahlkampf war vor allem von wirtschaftlichen Themen durch die rechte Opposition, ein Verteidigen des durchgeführten Reformkurses durch die Regierung sowie Forderungen nach radikaleren Reformen durch die *Frente Amplio* geprägt. Internationale und außenpolitische Themen spielten bis auf den Weltmarktpreis für Kupfer kaum eine Rolle.

Insgesamt konnten die chilenischen Wähler zwischen acht Präsidentschaftskandidaten auswählen. Fünf Kandidaten gehörten zur Linken, zwei zur Rechten und eine Kandidatin (Goic) war zwischen beiden Lagern angesiedelt.

Sebastián Piñera, der 2009 als erster Kandidat der politischen Rechten seit der Transition zum Präsidenten gewählt wurde,¹² und die hinter ihm stehende Allianz *Chile Vamos* konzentrierten sich in der Wahlkampagne vor allem auf die in ihren Augen schlechte Amtsführung der Bachelet-Regierung seit 2014.¹³ Wahlkampa-

gnen und Konjunkturen öffentlicher Stimmungen werden oftmals davon geprägt, welche politische Kraft eine hegemoniale Erzählung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation des Landes erschaffen kann. So zeichnete *Chile Vamos* ein apokalyptisches Bild der chilenischen Wirtschaft und versuchte den Eindruck zu erwecken, das Land stecke in einer tiefen Rezession. Dies kontrastierte mit dem tatsächlichen Wachstumskurs von 1,6% und ignorierte Prognosen zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) erwartet durch die vor allem durch China angekurbelte Nachfrage einen Anstieg der Exporteinnahmen von 10,3% im Jahr 2017, was sich auch in der auf den Export ausgerichteten chilenischen Wirtschaft bemerkbar machen dürfte (CEPAL 2017).

Ganz abgesehen von diesem Widerspruch ging Piñeras Vision der Zukunft des Landes kaum über die wirtschaftliche Ausrichtung und die Verbrechensbekämpfung hinaus (Valdivieso 2017). Piñera verwies stets darauf, dass seine Regentschaft zwischen 2010 und 2014 von einem rasanten wirtschaftlichen Wachstum geprägt gewesen sei, worauf er mit dem Wahlslogan "Tiempos mejores" ("Bessere Zeiten") anspielte. So wuchs die Wirtschaft in den Piñera-Jahren im Durchschnitt um 5,4%. Bachelet hatte im Wahlkampf 2013 den Fehler gemacht, in ihrem Wahlprogramm ein Wachstum von fünf Prozent ab 2015 zu versprechen.

So zeichnete Chile Vamos ein apokalyptisches Bild der chilenischen Wirtschaft und versuchte den Eindruck zu erwecken, das Land stecke in einer tiefen Rezession. Dies kontrastierte mit dem tatsächlichen Wachstumskurs von 1,6% und ignorierte Prognosen zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung.

¹² Piñera war überhaupt der erste Kandidat der politischen Rechten, der seit der Wahl von Jorge Alessandri 1958 demokratisch zum Präsidenten gewählt wurde. Sein Wahlprogramm ist unter <http://ellibero.cl/wp-content/uploads/2017/10/Programa-SP.pdf> (25.1.2018) einsehbar.

¹³ In einer parteiinternen Vorwahl konnte sich Piñera gegen Felipe Kast und Manuel José Ossandón, durchsetzen.

Die Bedeutung des Faktors Wirtschaftswachstum ist in der chilenischen politischen Kultur generell nicht zu unterschätzen. So wird der Zustand des Landes von weiten Teilen der Bevölkerung oftmals mit der Ziffer des Wirtschaftswachstums gleichgesetzt (BBC Mundo 2017), was auch mit der hohen Verschuldung der Privathaushalte zusammenhängt.¹⁴ Viele Menschen sehen als einen Ausweg aus ihrer Verschuldungssituation lediglich ein massives Wirtschaftswachstum als mögliche Lösung an. Um dieses Wählerpotential anzusprechen, versprach Piñera, Chile innerhalb von acht Jahren zu einem voll entwickelten Land zu machen.

Gleichzeitig beging er auch schwere Fehler in der Wahlkampagne. So wollte er im Zuge der von ihm versprochenen "Staatsreform" die "grasa de estado" (das "Staatsfett"), also den in seinen Augen ineffektiven Staatsapparat, personell massiv beschneiden, was er nach erheblichem Protest wieder zurücknehmen musste. Kritik brachte ihm auch die von *Chile Vamos* entworfene Figur des Piñerin ein, die von Gegnern sowie kritischen Beobachtern als Symbol für die Inhaltslosigkeit der Wahlkampagne von Piñera und *Chile Vamos* jenseits des Versprechens eines wirtschaftsfreundlicheren Klimas angesehen wurde.

¹⁴ In keinem anderen lateinamerikanischen Land ist die Verschuldung der Privathaushalte so hoch wie in Chile. Sie entspricht 42% des BIP. Ein Teil dieser Verschuldung hängt mit Hypothekenkrediten zusammen (El Mostrador 2017e).

Der Kandidat der *Fuerza de la Mayoría* Alejandro Guillier war in den 1990er Jahren ein angesehener Journalist und Nachrichtensprecher. Seit 2014 war er als Senator für den Wahlkreis Antofagasta im Parlament vertreten. Guillier, der keiner Partei angehört, bekam Ende 2016 überraschend Aufwind in den Meinungsumfragen, während der ebenfalls als Kandidat gehandelte ehemalige Präsident Ricardo Lagos (2000-2004) in einem Umfragetief lag. Aufgrund der guten Umfragewerte entschieden sich die drei in der *Nueva Mayoría* vertretenen Parteien PS, PRC und PCC, Guillier ohne Vorwahlen als Kandidaten zu unterstützen, was das Ende der Ambitionen von Lagos auf eine zweite Präsidentschaft bedeutete.

Dass jemand von außerhalb als Kandidat rekrutiert wurde, spricht nicht für die personelle Erneuerungsfähigkeit der *Nueva Mayoría*, obwohl durchaus frische Gesichter zur Verfügung stehen, wobei diese mit Karol Kariola oder Camila Vallejo vor allem bei der PCC zu verorten sind. Diese spielten auch zusammen mit dem Parteikollegen Andrés Lagos in der Wahlkampagne von Guillier eine tragende Rolle. Kariola wurde Guilliers Wahlkampfkoordinatorin, Lagos agierte als Kommunikationschef.

Obwohl sich Präsidentin Michelle Bachelet aus der Wahlkampagne weitgehend heraushielt und offiziell aus rechtlichen Gründen¹⁵ auch keinen Kandidaten unter-

¹⁵ In Chile ist die Einmischung in den Wahlkampf durch die Regierung zu Gunsten eines Präsidentschaftskandidaten verboten.

Aufgrund der guten Umfragewerte entschieden sich die drei in der Nueva Mayoría vertretenen Parteien PS, PRC und PCC, Guillier ohne Vorwahlen als Kandidaten zu unterstützen, was das Ende der Ambitionen von Lagos auf eine zweite Präsidentschaft bedeutete.

stützte, sahen Analysten lange Zeit eher einen Kampf zwischen Bachelet und Piñera, als zwischen Piñera und Guillier. Dies hing auch damit zusammen, dass Guillier lange Zeit zögerte, ein konkretes Wahlprogramm zu veröffentlichen, das er zunächst erst für die zweite Wahlrunde im Dezember ankündigte. Erst nachdem dies in der öffentlichen Meinung auf breites Unverständnis gestoßen war, entschied er sich doch zu diesem Schritt, wobei die Schwerpunkte des Programms klassische sozialdemokratische Positionen widerspiegelten und für eine Weiterführung des Reformkurses der Bachelet-Regierung warben: soziale Gerechtigkeit, eine allmähliche Rückführung der privatisierten sozialen Sicherungssysteme in staatliche Hände sowie eine verstärkte Dezentralisierung des weitgehend zentralistisch organisierten chilenischen Staates.¹⁶

kam Goic, die vor ihrer politischen Karriere als Sozialarbeiterin tätig war, überraschend Unterstützung von Ex-Präsident Ricardo Lagos, was ihrer Kandidatur kurzzeitig Aufwind verlieh. Der innerparteiliche Konflikt der DC schwelte allerdings auch im Wahlkampf hintergründig fort, sodass Goic nicht den vollen Rückhalt ihrer Partei zu haben schien.¹⁸

Das 351seitige Wahlprogramm von Beatriz Sánchez¹⁹ und der FA trug den Titel "Das Programm von Vielen" und wurde von 28 thematischen Arbeitsgruppen ausgearbeitet. Es sieht eine umfassende Reform von Staat und Gesellschaft vor.²⁰ Die in den Augen der FA mit dem Übergang zur Demokratie und in der Folgezeit nicht grundlegend geänderte neoliberale Gesellschaftsform, die sich u. a. in einer starken Einkommensungleichheit, der massiven Verschuldung der Privathaushalte sowie der Privatisierung weiter

¹⁸ In der DC besteht ein Konflikt zwischen zwei Flügeln, die unterschiedliche Auffassungen zur ideologischen und programmatischen Ausrichtung der Partei haben. Der konservative Flügel wird von dem ehemaligen Abgeordneten Gutenberg Martínez angeführt (weswegen er auch teilweise "gutismo" genannt wird) und ist sehr kritisch gegenüber den Reformen der Bachelet-Regierung, während der progressive Flügel sich hinter den Abgeordneten Yasna Provoste und Aldo Cornejo versammelt und sowohl die Reformen unterstützt als auch aktiv mit dem *Partido Comunista* (PCC) zusammenarbeitet, die Teil der *Nueva Mayoría* ist und zu der die DC traditionell ein angespanntes Verhältnis hatte (Jiménez 2017).

¹⁹ Beatriz Sánchez musste für einen Kredit der *BancoEstado* über 450 Mio Chilenische Pesos ihr Haus als Garantie geben.

²⁰ Das Wahlprogramm von Beatriz Sánchez und der FA ist unter <http://www.beatrizsanchez.cl/bsfa/wp-content/uploads/2017/10/Programa-Beatriz_Sanchez.pdf> (25.1.2018) einsehbar.

Wie bereits erwähnt ging die DC mit der Kandidatin Carolina Goic einen eigenen Weg. Ihre Wahlkampagne, die vor allem von den konservativen Sektoren der Partei getragen wurde, konzentrierte sich auf den Faktor der Ethik in der Politik, die Spannung mit der PCC und auf eine starke Kritik an den durchgeführten Reformen, die nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurden, deren Qualität aber bemängelt wurde.¹⁷ In den letzten Tagen vor der Wahl be-

¹⁶ Siehe <<http://www.adnradio.cl/noticias/politica/este-es-el-programa-de-gobierno-de-alejandro-guillier/20171106/nota/3629955.aspx>> (25.1.2018)

¹⁷ Das Programm von Goic und der DC ist unter <https://www.serve.cl/wp-content/uploads/2017/09/Programa_Carolina_Goic_Boroevic.pdf> (25.1.2018) einsehbar.

Das 351seitige Wahlprogramm von Beatriz Sánchez und der FA trug den Titel "Das Programm von Vielen" und wurde von 28 thematischen Arbeitsgruppen ausgearbeitet. Es sieht eine umfassende Reform von Staat und Gesellschaft vor.

Teile des Bildungs-, Gesundheits- und Rentensystems zeige, soll abgeschafft und durch gerechtere Strukturen ersetzt werden.

José Antonio Kast, der sich als unabhängiger Kandidat zur Wahl stellte, sprach deutlich den sich politisch rechtsaußen positionierenden Teil der Wählerschaft an, indem er die sofortige Widerrufung des gerade erst beschlossenen Abtreibungsgesetzes und die Einführung von obligatorischem katholischen Religionsunterricht in allen öffentlichen Schulen des Landes versprach.

Marco Enríquez Ominami, kurz MEO, kandidierte bereits zum dritten Mal für die Präsidentschaft. Bei der Wahl 2009 konnte er politische Beobachter überraschen und erreichte im ersten Wahlgang 21 % der Stimmen. MEO bediente sich einer populistischen Rhetorik, was sich u.a. darin zeigte, dass er Alejandro Guillier beschuldigte, im Drogenschmuggel mitzuwirken. Gleichzeitig war er in der Wahlkampagne neben Guillier der größte Verteidiger des Wirkens der Bachelet-Regierung.

Eduardo Artés, Präsidentschaftskandidat der *Partido Comunista Acción Proletaria*, sorgte für Verwunderung, als er die Diktatur Nordkoreas verteidigte. Der sozialistisch ausgerichtete Kandidat und aktuelle Senator für die Region Bío-Bío Alejandro Navarro der Partei MAS äußerte eine Affinität für das venezolanische Maduro-Regime.

Trotz der Vielzahl von politischen Optionen und einer relativen gu-

ten Performance der chilenischen Wirtschaft und Politik ist eine starke Abneigung der Bevölkerung gegenüber der politischen Klasse zu bemerken. Ein Thema, das wie ein Damoklesschwert über der politischen Diskussion hing und sowohl von den Parteien als auch von den Medien thematisiert wurde, war daher die erwartete sehr niedrige Wahlbeteiligung, die die chilenische Demokratie in eine schwere Krise stürzen würde. So prognostizierte das Centro de Estudios Públicos (CEP) in den Wochen vor der Wahl, dass die Wahlbeteiligung nicht die 45-Prozent-Marke übersteigen und damit die niedrigste in der chilenischen Demokratie darstellen würde.

3. Das Wahlergebnis

3.1. Das Wahlsystem

“Aquí estoy, cumpliendo mi compromiso e iniciando un nuevo tiempo para la democracia” (“Hier stehe ich, mein Versprechen einhaltend und ein neues Zeitalter für die Demokratie beginnend”) – Mit diesen Worten verkündete Michelle Bachelet am 27. April 2015 die Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes, das die Abschaffung des binominalen Systems bei der Wahl des Parlaments (*Congreso Nacional*) bedeutete, das seit der ersten demokratischen Wahl in Chile nach der Diktatur im Jahr 1989 galt.

Das neue Wahlsystem wurde mit dem Ziel beschlossen, dessen Proportionalität zu verbessern und für eine ausgeglichenerere und somit inklusive Repräsentation der unterschiedlichen Regionen Chiles sowie von Frauen und unabhängigen Kandidaten zu sor-

Das neue Wahlsystem wurde mit dem Ziel beschlossen, dessen Proportionalität zu verbessern und für eine ausgeglichenerere und somit inklusive Repräsentation der unterschiedlichen Regionen Chiles sowie von Frauen und unabhängigen Kandidaten zu sorgen.

gen. Die Änderungen lassen sich in sechs Punkten zusammenfassen:

1. Erhöhung der Anzahl der Sitze im Abgeordnetenhaus von 120 auf 155 und Reduzierung der Wahlkreise von 60 auf 28. Durch die deutlich größeren Wahlkreise sowie die höhere Anzahl von Sitzen sollte für mehr Proportionalität gesorgt werden. Zudem sollten die dichter besiedelten Regionen eine ihrer Bevölkerungsanzahl angemessene Repräsentation bekommen, was allerdings nicht in allen Fällen gelang.²¹

2. Erhöhung der Anzahl der Sitze im Senat von 38 auf 50 und Reduzierung der Wahlkreise. Die Erhöhung ist in zwei Perioden gestaffelt. Die Anzahl der Senatoren, die jeweils für acht Jahre gewählt werden, steigt in der Legislaturperiode 2018-2022 auf 43 an. Ab 2022 werden dann 50 Senatoren im Oberhaus vertreten sein.

3. Aufgrund der in Punkt 1 und 2 angesprochenen Veränderungen haben auch unabhängige Kandidaten bessere Chancen, sich für einen Sitz in einer der beiden Kammern zu bewerben. Um ihre Kandidatur präsentieren zu dürfen, müssen die Kandidaten 0,5% der Unterschriften der Wähler sammeln, die bei der letzten Wahl ihre Stimme abgegeben haben.

4. Bei der Festlegung der neuen Anzahl der Sitze von Abgeordneten und Senatoren werden die

restlichen Regionen gegenüber der Metropolregion Santiago bevorzugt, sodass die Regionen eine im Bezug zu ihrer Bevölkerungsanzahl bessere Repräsentation als die Hauptstadtregion haben.

5. Mindestens 40% der Kandidaturen der Parteien müssen von Frauen besetzt sein. Dies bedeutet allerdings nicht, dass auch 40% der schließlich gewählten Abgeordneten und Senatoren Frauen sind.

6. Das D'Hondt-Verfahren, ein weltweit verbreitetes System zur Sitzverteilung, wurde eingeführt. Dieses soll zu einer größeren Proportionalität in der Umrechnung der Wahlstimmen in Parlamentssitze führen.

Im chilenischen Präsidialsystem ist die Wahl des Präsidenten von der Wahl der Abgeordneten und Senatoren getrennt, sodass sich die politischen Mehrheiten in der Legislative von der politischen Kraft, welche die Exekutive stellt, unterscheiden können. Im Idealfall ergibt sich ein Mechanismus der "checks and balances". Dies zeigt sich auch in der räumlichen Trennung der beiden Gewalten. Während das Parlament seinen Sitz in Valparaíso hat, befindet sich der Regierungspalast *La Moneda* in der Hauptstadt Santiago de Chile.

Anders als in Argentinien, Peru oder Uruguay kann das Parlament in Chile Minister nur nach einem langwierigen juristischen Prozess absetzen. Die Ernennung der Kabinettsmitglieder erfolgt zudem ausschließlich auf Geheiß

Mindestens 40% der Kandidaturen der Parteien müssen von Frauen besetzt sein. Dies bedeutet allerdings nicht, dass auch 40% der schließlich gewählten Abgeordneten und Senatoren Frauen sind.

²¹ Ein Beispiel sind die Regionen Antofagasta und Atacama, in denen die gleiche Anzahl an Abgeordneten gewählt wurde. Dabei hat Atacama deutlich weniger Einwohner als Antofagasta.

des Präsidenten. Dieser verfügt seinerseits über auch im lateinamerikanischen Vergleich enorme legislative Kompetenzen, wie etwa das Recht auf das Veto gegen unliebsame Gesetze. Dieses Veto kann nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses zurückgewiesen werden (Altman 2008: 41 ff.).

Die beiden legislativen Kammern Senat und Abgeordnetenhaus haben unterschiedliche Funktionen. Während das Abgeordnetenhaus in erster Linie für die Gesetzgebung und die Kontrolle der exekutiven Tätigkeit verantwortlich ist, wozu die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen mittels Zweidrittel-Mehrheit oder die Ministerbefragung gehört, die lediglich ein Drittel der Abgeordnetenstimmen erfordert, richtet der Senat u. a. über vom Abgeordnetenhaus vorgebrachte Anschuldigungen gegen die Regierung oder Verwaltung und kontrolliert das Wirken des Präsidenten. Wie die Abgeordneten können auch die Senatoren Gesetzesvorschläge machen, wobei traditionell ein Großteil dieser auf Initiative der Exekutive erfolgt. Beide Kammern müssen einem Gesetzentwurf zustimmen. Wenn sie in ihrem Urteil nicht übereinstimmen, wird ein Vermittlungsverfahren einberufen (Rinke 2008: 152).

3.2. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

Der erste Wahlgang am 19. November 2017

Laut dem *Servicio Electoral de Chile* (Servel) waren 14.308.151 Bürger über 18 Jahre im Inland sowie 39.137 Auslandschilenen

zur Teilnahme an der Wahl aufgerufen. Letztere waren zum ersten Mal überhaupt berechtigt, bei einer Präsidentschafts- und Parlamentswahl ihre Stimme abzugeben.

Die Wahlbeteiligung von 46,7% ist auch im lateinamerikanischen Vergleich als sehr niedrig einzuschätzen, auch wenn sie die pessimistischen Prognosen klar übertraf und gegenüber den Kommunalwahlen im Vorjahr (Wahlbeteiligung: 35%) einen deutlichen Zugewinn bedeutete. Die geringe Wahlbeteiligung ist, neben der allgemeinen politischen Desillusionierung, durch ein Gesetz aus dem Jahr 2012 bedingt. Dieses führte die automatische Einschreibung der Bürger in die Wahllisten ein und schuf die Wahlpflicht der in die Listen eingeschriebenen Personen ab. Zuvor mussten sich die Chilenen persönlich registrieren, um wählen zu dürfen, damit verpflichteten sie sich allerdings auch zur Stimmabgabe (Fuentes 2017: 3).

Wie bereits bei vorherigen Wahlen in anderen Ländern, z. B. in Spanien oder den USA, gingen die Umfrageergebnisse und die tatsächlichen Ergebnisse am Wahltag stark auseinander. Das Ergebnis überraschte viele Beobachter und Politikwissenschaftler, die sich mit den Wahlen im Vorfeld beschäftigt und andere Prognosen aufgestellt hatten. Bezüglich der konservativen Denkfabrik CEP, die insbesondere die FA klar unterschätzt und bei etwa acht Prozent eingeordnet hatte, sagte Beatriz Sánchez bei der Wahlfeier zu ihren Anhängern ironisch:

Die Wahlbeteiligung von 46,7% ist auch im lateinamerikanischen Vergleich als sehr niedrig einzuschätzen, auch wenn sie die pessimistischen Prognosen klar übertraf und gegenüber den Kommunalwahlen im Vorjahr (Wahlbeteiligung: 35%) einen deutlichen Zugewinn bedeutete.

Auch wenn Piñera deutlich weniger Stimmen bekam als vorhergesagt und sein Ergebnis weit von der absoluten Mehrheit entfernt war, kann das Ergebnis nicht als eine Bestätigung des Reformkurses der Regierung gewertet werden, gegen den der Kandidat von Chile Vamos im Vorfeld Wahlkampf gemacht hatte.

“¿Dónde está ese oráculo CEP que nos borró del mapa?” (“Wo ist dieses Orakel CEP, das uns von der Landkarte strich?”). Ähnliches geschah mit der Präsidentschaftskandidatur von José Antonio Kast. Zudem überschätzten nicht nur die CEP, sondern auch die Umfrageinstitute Adimark, Cadem und Cerc-Mori deutlich die Stärke der Piñera-Kandidatur, die in allen Umfragen bei über 40 % gesehen wurde.

Das Wahlergebnis war für keinen der Kandidaten zufriedenstellend, lediglich Beatriz Sánchez konnte trotz des verpassten Einzugs in die Stichwahl von einem Achtungserfolg sprechen. Ihre Kandidatur ist im Nachhinein als besonders zugkräftig einzuschätzen – so erhielt Sánchez vier Prozentpunkte mehr an Stimmen als die Liste der FA zur Wahl des Abgeordnetenhauses.

Auch wenn Piñera deutlich weniger Stimmen bekam als vorhergesagt und sein Ergebnis weit von der absoluten Mehrheit entfernt war, kann das Ergebnis nicht als eine Bestätigung des Reformkurses der Regierung gewertet werden, gegen den der Kandidat von *Chile Vamos* im Vorfeld Wahlkampf gemacht hatte. So konnten mit Goic und Guillier die zwei Vertreter der bisherigen Regierungskoalition zusammen lediglich 28 % der Stimmen holen, wobei dieses Ergebnis weitgehend mit den Zustimmungswerten der Regierung bzw. Präsidentin Bachelet übereinstimmte. Das Umfrageinstitut Cerc-Mori sah Bachelet allerdings im September 2017 gar bei 40 % Zustimmung.

Die Rechte mit Piñera und Kast erzielt dagegen mit 45 % weitestgehend das Ergebnis, das sie bereits in den ersten Runden vorheriger Präsidentschaftswahlen erzielt hatte.

Marco Enríquez-Ominami, der 2009 20 Prozent und 2013 10,99% der Stimmen erhielt, konnte sich diesmal als keine geeignete Alternative für Protestwähler präsentieren. Bereits kurz nach der Wahl rief er zur Wahl von Alejandro Guillier auf. Als große Verliererin der Wahl muss Carolina Goic gelten, die als Kandidatin der einst wichtigsten chilenischen politischen Kraft DC unter den von ihr gesteckten Erwartungen blieb und sich den Wählern anscheinend als keine zentristische Alternative zu den beiden Favoriten präsentieren konnte.

Die Erhöhung der Zahl der Sitze im Abgeordnetenhaus von 120 auf 155 brachte vor allem den rechten Kräfte RN und Evopoli innerhalb der Allianz *Chile Vamos* sowie der RD innerhalb der FA Vorteile. Auch das Ergebnis der Coalición Regionalista Verde, die mit nur 1,92% der Stimmen vier Sitze einfahren konnte, ist als Achtungserfolg zu werten. Als Verlierer müssen die UDI, die trotz eines Zugewinns von zwei Sitzen ihre vormalige Dominanz innerhalb der Rechten klar an die RN verlor, sowie die beiden eher in der politischen Mitte anzusiedelnden PPD und DC bezeichnet werden. Letztere holte ihr schlechtestes Ergebnis überhaupt seit der Rückkehr zur Demokratie. Zu ihren Hochzeiten in den Neunziger Jahren kamen

die Christdemokraten auf bis zu 31,7% der Sitze im Abgeordnetenhaus. Gleichzeitig bleibt die DC größte Partei Chiles im politischen Mitte-links-Spektrum. Insgesamt gesehen kann auch die *Fuerza de la Mayoría* nicht mit dem geringen Zugewinn bei deutlicher Erhö-

chen konnte oder die Allianz *Por Todo Chile*, die mehr als das vierfache an Stimmen erlangte, allerdings mit nur einem Sitz belohnt wurde.

In der chilenischen Presse diskutiert wurde zudem der Fall des

| Ergebnisse des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahl am 19.11.2017 | | |
|---|-----------------------|----------------|
| Kandidat | Anzahl Stimmen | Prozent |
| Sebastián Piñera | 2.417.216 | 36,64% |
| Alejandro Guiller | 1.497.116 | 22,70% |
| Beatriz Sánchez | 1.336.824 | 20,27% |
| José Antonio Kast | 523.213 | 7,93% |
| Carolina Goic | 387.780 | 5,88% |
| Marco Enríquez-Ominami | 376.471 | 5,71% |
| Eduardo Artés | 33.690 | 0,51% |
| Alejandro Navarro | 24.019 | 0,36% |
| Leere Stimmzettel | 39.791 | |
| Ungültige Stimmen | 65.814 | |

Quelle: Servicio Electoral de Chile; eigene Bearbeitung.

hung der Parlamentssitze zufrieden sein. Gegenüber 55,8% als *Nueva Mayoría* in der vergangenen Legislaturperiode stellt sie in Zukunft nur noch 36,1% der Abgeordneten.

Bezüglich des neuen Wahlsystems ist festzustellen, dass kleinere und außerhalb eines Paktes angetretene Kandidaten und Parteien klar benachteiligt waren und größere Parteien sowie sich regional konzentrierende Parteien einen substanziellen Vorteil im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Wählerstimmen und Sitzanzahl erreichen konnten. Exemplarisch zu nennen wären hier etwa die innerhalb der FA angetretene PL, die zwei Sitze bei lediglich 0,76% der Stimmen errei-

ehemaligen Kandidaten für die Präsidentschaftskandidatur innerhalb der FA, Alberto Mayol, der sich mit keiner politischen Kraft der FA mittels eines sog. "subpacto" verbündet hatte, und somit durch das Wahlsystem klar benachteiligt wurde. Auch die Entscheidung der DC, nicht innerhalb der *Fuerza de la Mayoría* anzutreten, wurde von dem neuen Wahlsystem bestraft. Dies zeigt sich etwa im Vergleich mit der PS, die zwar weniger Stimmen bekam, jedoch mit fünf Abgeordneten mehr als die DC im Abgeordnetenhaus vertreten sein wird.

Die zukünftige Zusammensetzung des Senats lässt ebenso wie im Fall des Abgeordnetenhauses eine schwierige Entscheidungs-

Auch die Entscheidung der DC, nicht innerhalb der Fuerza de la Mayoría anzutreten, wurde von dem neuen Wahlsystem bestraft. Dies zeigt sich etwa im Vergleich mit der PS, die zwar weniger Stimmen bekam, jedoch mit fünf Abgeordneten mehr als die DC im Abgeordnetenhaus vertreten sein wird.

| Ergebnisse der Wahl Zum Abgeordnetenhaus am 19. November 2017 | | | |
|--|------------------------------------|------------------------------------|---|
| Partei/ Bündnis | Anzahl der Abgeordneten | Prozentzahl der Stimmen | Veränderung zur vorherigen Zusammenset- zung |
| Chile Vamos* | 72 | 38,66 % | + 24 |
| UDI | 30 | 15,96 % | + 2 |
| RN | 36 | 17,79 % | + 17 |
| Evopoli | 6 | 4,26 % | + 6 |
| La Fuerza de la Mayoría | 43 | 24,05 % | + 1 |
| PS | 19 | 9,75 % | + 4 |
| PPD | 8 | 6,10 % | - 7 |
| PCC | 8 | 4,58 % | + 2 |
| PRS | 8 | 3,61 % | + 2 |
| DC** | 14 | 10,28 % | - 9 |
| Frente Amplio | 20 | 16,50 % | + 17 |
| RD*** | 10 | 5,72 % | + 9 |
| PH**** | 5 | 4,23 % | + 4 |
| PL | 2 | 0,78 % | + 1 |
| PEV | 1 | 2,15 % | + 1 |
| PI | 1 | 2,16 % | + 1 |
| Poder Ciudadano | 1 | 1,46 % | + 1 |
| Coalición Regionalista Verde | 4 | 1,92 % | + 4 |
| Por Todo Chile | 1 | 3,93 % | + 1 |
| Unabhängige Kandidaturen | 1 | 1,75 % | - 2 |

* Neben den drei aufgelisteten Parteien von Chile Vamos war auch die Partido Regionalista Independiente Teil der Allianz. Mit einem Wahlergebnis von insgesamt nur 0,66 Prozent konnte diese allerdings keinen Sitz im Abgeordnetenhaus erlangen.

** DC trat innerhalb der Allianz Convergencia Democrática an, an der zusätzlich die Parteien MAS Región und Izquierda Ciudadana beteiligt waren. Beide Bündnispartner konnten allerdings mit 0,16% (MAS Región) und 0,24% (Izquierda Ciudadana) jeweils keinen Sitz im Abgeordnetenhaus erlangen.

*** Die RD holte insgesamt acht Abgeordnetensitze. Vor der Wahl schloss sie sog. „Subpactos“ mit der Kandidatin der Iquierda Libertaria, Gael Yeomans, und den Kandidaten des Movimiento Autonomista, Gonzalo Winter, ab, die dadurch mittels der Stimmen für die RN ebenfalls gewählt wurden und hier deswegen unter RN firmieren.

**** Für die PH trat innerhalb eines „Subpactos“ Gabriel Boric an, der bereits in der vorherigen Legislaturperiode Abgeordneter war und Mitglied des Movimiento Autonomista ist.

Quelle: Servicio Electoral de Chile; eigene Bearbeitung.

findung in der kommenden Legislaturperiode erahnen. Während der rechte Flügel des Parteienspektrums (*Chile Vamos*) 19 Senatoren stellt, ist der linke mit 22 Senatoren (*Fuerza de la Mayoría*; DC; *Frente Amplio*) leicht im Vorteil, wobei dieser jedoch nicht als homogener Block aufgefasst werden kann. Auch der Senator für *Por Todo Chile* Alejandro Navarro und der unabhängige Senator Carlos Bianchi werden eine wichtige Rolle bei der Mehrheitsbeschaffung spielen.

Sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat erlebte die chilenische Politik die größten Veränderungen seit der Transition. So begrüßen beide Kammern am ersten Tag der neuen Legislaturperiode, dem 11. März 2018, insgesamt 109 neue Gesichter. Dies kann als Generationenwechsel in der chilenischen Politik interpretiert werden. Die Anzahl der weiblichen Abgeordneten steigt von 15,8% (13 Sitze) auf 22,5% (35 Sitze) an (Sallaberry 2017).²²

Insgesamt werden 18 Parteien gegenüber vormalig zwölf in den beiden Kammern vertreten sein. Bezeichnend ist, dass kein Senator, der mit dem Fischereigesetz oder dem Bremsen des Reformprozesses des Bildungs- oder Steuersystems in Verbindung gebracht wurde, wiedergewählt wurde (Torres Gutiérrez 2017).

Bezüglich der Wahlregionen für die Präsidentschaftswahl ist Chile, das Land mit der weltweit längsten Nord-Süd-Ausdehnung,

²² Im Abgeordnetenhaus werden 35 weibliche Abgeordnete vertreten sein, im Senat zehn (statt vorher sechs).

in 15 Regionen aufgeteilt. Eine differenzierte Betrachtung dieser Wahlregionen zeigt interessante Unterschiede auf, wobei die beiden etablierten politischen Kräfte in einigen Regionen weniger (z. B. Arica und Parinacota) oder mehr Zustimmung (z. B. Atacama) der Wähler hatten.

In der Hauptstadtregion Santiago erreichte die FA-Kandidatin Beatriz Sánchez (22,76%) ein besseres Ergebnis als Guillier (21,85%). Zusätzlich waren die FA und ihre Präsidentschaftskandidatin besonders stark in den Regionen Arica, Valparaíso und Magallanes, was auch einen personalistischen Grund haben könnte. So ist die FA in diesen Regionen mit Jorge Sharp (Bürgermeister von Valparaíso) sowie den Abgeordneten Gabriel Boric (Magallanes), Vlado Mirosevic (Arica) und Giorgio Jackson (Santiago), also mit prominenten Gesichtern, vertreten, wobei die drei letzteren das jeweils beste Ergebnis in ihren Wahlkreisen erreichen konnten. In Valparaíso konnte die FA zudem ihren einzigen Senatssitz holen.

Sebastián Piñera erreichte sein bestes Ergebnis mit 41,50% in der traditionell eher rechts wählenden Araucanía (vor Atacama mit 41,30%), in der auch der Rechts-außen-Kandidat Kast mit 12,67% ein sehr gutes Ergebnis einfahren konnte. Auch in der Region Bío-Bío konnten beide Kandidaten mehr als 50% der Stimmen auf sich vereinen. Zudem erreichte er sehr gute Ergebnisse in den fünf wohlhabendsten Regionen des Landes.

Sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat erlebte die chilenische Politik die größten Veränderungen seit der Transition. So begrüßen beide Kammern am ersten Tag der neuen Legislaturperiode, dem 11. März 2018, insgesamt 109 neue Gesichter. Dies kann als Generationenwechsel in der chilenischen Politik interpretiert werden.

| Neuzusammensetzung des Senats durch die Wahl in sieben Regionen am 19. November 2017 | | | |
|---|---------------------------|--|--------------------|
| Partei/Bündnis | Gewählte Senatoren | Anzahl der Sitze im neuen Senat | Veränderung |
| Chile Vamos | 12 | 19 | + 5 |
| UDI | 4 | 10 | + 3 |
| RN | 6 | 7 | + 1 |
| Evopoli | 2 | 2 | + 2 |
| La Fuerza de la Mayoría | 7 | 15 | + 1 |
| PS | 3 | 7 | + 1 |
| PPD | 4 | 7 | + 1 |
| PRS | --- | 1 | --- |
| DC | 3 | 6 | --- |
| Frente Amplio | 1 | 1 | + 1 |
| RD | 1 | 1 | + 1 |
| Por Todo Chile | --- | 1 | --- |
| Unabhängige Kandidatur | --- | 1 | + 1 |

Quelle: Servicio Electoral de Chile; Eigene Bearbeitung.

Die DC entschied sich schnell dazu, Guillier in der zweiten Runde zu unterstützen. Dies verkündete bereits Carolina Goic indirekt am Wahlabend, als sie dem Präsidentschaftskandidaten der *Fuerza de la Mayoría* gratulierte. Am Tag nach der Wahl trat sie als Vorsitzende der DC zurück.

Die DC und Carolina Goic verloren im gesamten Territorium deutlich, lediglich in der südlichen Region Magallanes konnte Goic ein besseres Ergebnis erzielen. Yasna Provoste als Kandidatin auf einen Senatssitz der DC für die Region Atacama ist ebenfalls mit einem überdurchschnittlichen Ergebnis von 34,98% hervorzuheben.

Der zweite Wahlgang am 17. Dezember 2017

Bereits kurz nach der Verkündung des für die *Fuerza de la Mayoría* schlechten Wahlergebnisses verkündete Guillier, dass es die erste Aufgabe seiner Kandidatur sein müsse, die Wählerschaft der DC wiederzugewinnen, um so zu der alten Einheit zurückzufinden. Allerdings musste er nicht nur die Wähler der rechts von ihm ste-

henden DC, sondern auch die der linken FA überzeugen.

Die DC entschied sich schnell dazu, Guillier in der zweiten Runde zu unterstützen. Dies verkündete bereits Carolina Goic indirekt am Wahlabend, als sie dem Präsidentschaftskandidaten der *Fuerza de la Mayoría* gratulierte. Am Tag nach der Wahl trat sie als Vorsitzende der DC zurück.²³ Guillier integrierte im Gegenzug das Wahlprogramm der DC in das seiner Kandidatur, was eine Neuauflage der *Nueva Mayoría* in der kommenden Legislaturperiode und einem Sieg des linken Par-

²³ Der sog. "Dissidenten"-Flügel um die Abgeordnete Ximena Rincón hatte einen parteiinternen Machtkampf angezettelt. Auch der vorherige Verbündete von Goic Fuad Chahin, der sein Mandat verlor, warf Goic vor, für das schlechte Wahlergebnis verantwortlich zu sein.

teiflügels der DC im innerparteilichen Machtkampf gleichkommt.

Die FA gab sich bis zum 29.11. Zeit, um über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Das Wahlkommando²⁴ Guilliers hielt sich zunächst zurück, der FA ein konkretes Angebot zu machen (Jiménez/Segovia 2017), wobei der Chefideologie der FA, Carlos Ruiz, und der PS-Politiker Fernando Atria mit einem gemeinsamen Dokument schnell die Basis für einen Dialog auf Augenhöhe legen wollten. Das Dokument hieß "En segunda vuelta: por un diálogo democrático que inicie una nueva etapa histórica" und ließ sich als eine Zukunftsvision gemeinsamer Ziele, die u. a. in der Überwindung der Bestimmung der Gesellschaft durch Marktprinzipien und die Erarbeitung einer neuen Verfassung gesehen wurden.

Die FA stand vor ihrer bis dahin wichtigsten Entscheidung, da sie vor die Wahl gestellt wurde, entweder die von ihr abgelehnte "institutionalisierte Linke" um Guillier zu unterstützen oder indirekt zu einer konservativen Restauration und in ihren Augen einem sozialen Rückschritt durch Piñera beizutragen (García Lorca/Miranda 2017). Diese Entscheidung wurde durch den Umstand zusätzlich erschwert, dass sich insgesamt zwölf Parteien auf eine gemeinsame Haltung der FA einigen mussten, wobei die Macht

der einzelnen Blöcke unterschiedlich ausgeprägt ist. Während sich kleinere Parteien wie *Igualdad* oder *Partido Ecologista Verde* von Anfang an klar gegen eine Unterstützung von Guillier positionierten, stand RD als größte und klar den Ton angegebende Partei des Zusammenschlusses dem wesentlich offener gegenüber.

Piñera hatte es einfacher, die Vertreter des rechten politischen Spektrums hinter sich zu versammeln. Er musste sich allerdings auch um die Unterstützung von kritischen Sektoren bemühen. Hier wäre vor allem sein ehemaliger Kontrahent in den Vorwahlen zur Kandidatur von *Chile Vamos*, Manuel José Ossandón, ein Vertreter des "sozialen" rechten Flügels, zu nennen. Ossandón vertrat Positionen wie die allmähliche Hinführung zur gebührenfreien Hochschulbildung oder die Revision des Fischereigesetzes, die Piñera im Vorfeld klar abgelehnt hatte (El Mostrador 2017c). Piñera ging einen klaren Schritt auf Ossandón zu, indem er einen Teil seiner Forderungen in das Wahlprogramm aufnahm, was als ein Manöver in Richtung der politischen Mitte interpretiert werden konnte.

In seinem Versuch, die FA für eine Unterstützung seiner Wahl zu gewinnen, konnte Guillier insbesondere bezüglich der Reform des Rentensystems AFP und des Erlassens des Studienkredites *Crédito con Aval de Estado* (CAE) zunächst nicht von seinem Willen überzeugen, da er in den Augen der FA mit seinen Vorhaben nicht weit genug ging. Gleichzei-

Die FA stand vor ihrer bis dahin wichtigsten Entscheidung, da sie vor die Wahl gestellt wurde, entweder die von ihr abgelehnte "institutionalisierte Linke" um Guillier zu unterstützen oder indirekt zu einer konservativen Restauration und in ihren Augen einem sozialen Rückschritt durch Piñera beizutragen

²⁴ Guillier ernannte Vertreter der Parteien, die zuvor die *Nueva Mayoría* gebildet hatten, um seine Wahlkampagne zu koordinieren: Álvaro Elizalde (PS) als Hauptkoordinator, unterstützt von Yasna Provoste (DC), Marcela Hernández (PRS) sowie Ximena Ordenes und Roxana Pey (unabhängig, aber der PCC nahestehend).

Der Wahlkampf zwischen Guillier und Piñera wurde mit harten Bandagen geführt. Piñera warf Guillier vor, Chile ein Regime nach Vorbild Venezuelas (polemisch "Chilezuela" genannt) auferlegen zu wollen, was durch unglückliche Aussagen Guilliers unfreiwillig verstärkt wurde.

tig beanspruchte die FA eine Begegnung auf Augenhöhe mit der Mitte-Links-Allianz (El Mostrador 2017b). Die RD entschied sich in einer Mitgliederbefragung mit 62% dafür, die Kandidatur von Guillier im zweiten Wahlgang zu unterstützen. Beatriz Sánchez verkündete jedoch, dass die FA nicht direkt zu einer Stimmabgabe für Guillier aufrufen werde. Gleichzeitig stellte sie klar, dass ein Wahlsieg Piñeras einen klaren Rückschritt für das Land darstellen würde. Die gewählte Formel stellte einen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Blöcken innerhalb der FA dar, die nicht mit den Reformen des für sie von der *Nueva Mayoría* symbolisierten Establishments identifiziert werden und gleichzeitig nicht für einen Wahlsieg Piñeras verantwortlich gemacht werden wollten.

Einen Wendepunkt stellten am 4. Dezember die von Piñera ohne Beweise gegen die Wahlbehörde Servel erhobenen Anschuldigungen dar. Er behauptete, dass im ersten Wahlgang zu Gunsten von Guillier und Sánchez manipuliert worden sei. Trotz eines Rückruderns Piñeras erklärten Sánchez und weitere FA-Politiker daraufhin Guillier offen ihre Unterstützung, um eine Wahl Piñeras zu verhindern (El Mostrador 2017a). Gleichzeitig ist diese Entscheidung auch als Ausweg aus dem angesprochenen Dilemma der FA zu sehen, für einen eventuellen Wahlsieg Piñeras verantwortlich zu sein. Mit dieser abrupten Entwicklung wandelte sich die zweite Wahlrunde zu einem Plebiszit für oder gegen Piñera.

Der Wahlkampf zwischen Guillier und Piñera wurde mit harten Bandagen geführt. Piñera warf Guillier vor, Chile ein Regime nach Vorbild Venezuelas (polemisch "Chilezuela" genannt) auferlegen zu wollen, was durch unglückliche Aussagen Guilliers unfreiwillig verstärkt wurde. Guillier prognostizierte für den Fall eines Wahlsieges Piñeras die Abschaffung des sozialen Sicherungssystems sowie eine massive Entlassungswelle im öffentlichen Sektor. Guillier gelang es, den in weiten Teilen der lateinamerikanischen Linken ikonisch verehrten ehemaligen uruguayischen Präsidenten José Mujica für einen Auftritt bei der letzten Wahlkampfveranstaltung vor 40.000 Menschen auf dem Paseo Bulnes vor dem Regierungspalast La Moneda zu gewinnen. Dies kann als an das Elektorat der FA gerichtetes Zeichen gesehen werden, das allerdings mit seinem in der finalen Wahldebatte gezeigten Widerwillen kontrastierte, die (für die chilenische Politik) radikalen Forderungen der FA aufzugreifen.

Das Ergebnis der Stichwahl überraschte wie bereits das Ergebnis des ersten Wahlgangs viele Experten und Beobachter. In vielerlei Hinsicht handelte es sich um ein atypisches Resultat. Zwar setzte sich wie bei vorherigen Wahlen der Gewinner der ersten Wahlrunde auch in der Stichwahl durch. Anders als sonst erhöhte sich jedoch die Wahlbeteiligung in der zweiten Runde von 46,7% auf 49% .

Zum ersten Mal konnte die Rechte zudem in der Stichwahl neue

| Ergebnisse des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahl am 17.12.2017 | | |
|--|-----------------------|----------------|
| Kandidat | Anzahl Stimmen | Prozent |
| Sebastián Piñera | 3.795.896 | 54,57% |
| Alejandro Guillier | 3.160.225 | 45,43% |
| Quelle. Servicio Electoral de Chile; Eigene Bearbeitung. | | |

Wähler dazugewinnen, was als Grund für die Erhöhung der allgemeinen Wahlbeteiligung angesehen werden kann. Die Warnung vor einem möglichen "Chilezuela" im Falle eines Wahlsieges von Guillier scheint bisherige Nichtwähler dazu veranlasst zu haben, in der Stichwahl für Piñera zu stimmen. Zu einer Verstärkung dieses Effekts mögen vereinzelte an das linke Elektorat gerichtete Aussagen Guilliers beigetragen haben.

Piñera konnte die zweitmeisten Stimmen eines Präsidentschaftskandidaten seit Patricio Aylwin 1990 auf sich vereinen. Allerdings hat sich die Zahl der Wahlberechtigten seitdem nahezu verdoppelt, was auf die große Herausforderung der chilenischen Politik verweist, die breite Wählerschaft wieder anzusprechen. Guillier wiederum erzielte das schlechteste jemals erzielte Ergebnis eines Präsidentschaftskandidaten der Mitte-Links-Allianz.

Ein offensichtlicher Unterschied zwischen den beiden Lagern war, dass die Linke in permanenten internen Diskussionen, Selbstzweifeln und Kritik am Handeln in den Regierungsperioden der Vergangenheit steckte, während die Rechte trotz der verschiedenen

Flügel im Wahlkampf erstaunliche Einheit zeigte.

Die Betrachtung des Wahlverhaltens nach Regionen²⁵ ergibt nach der zweiten Wahlrunde deutliche Differenzen zwischen den Kandidaturen. Piñera konnte 13 von 15 Regionen für sich entscheiden. Guillier gewann lediglich in den beiden südlichen Regionen Aysén (51,76%) und Magallanes (56,32%). Besonders absetzen konnte sich Piñera in den Regionen Araucanía (62,40%), Tarapacá (58,79%) und BioBío (58,52%). Die besten Ergebnisse erzielte er in Regionen, in denen die Wahlbeteiligung im Vergleich zum ersten Wahlgang am stärksten gestiegen war.

Bei der Betrachtung der Mikroebene lassen sich zudem interessante Hinweise auf die sozioökonomische Ausrichtung der Wählerschaft herauslesen. So konnte Piñera etwa in Las Condes, einem Stadtteil von Santiago, in dem mehrheitlich Haushalte der oberen Mittelschicht und Oberschicht anzutreffen sind, bei einer überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung von 66,2% eine überwältigende Mehrheit von 81,8% der Wählerstimmen erreichen.

²⁵ Eine genaue Aufschlüsselung des regionalen Wahlverhaltens kann unter der Seite <decidechile.cl> (25.1.2018) eingesehen werden.

Ein offensichtlicher Unterschied zwischen den beiden Lagern war, dass die Linke in permanenten internen Diskussionen, Selbstzweifeln und Kritik am Handeln in den Regierungsperioden der Vergangenheit steckte, während die Rechte trotz der verschiedenen Flügel im Wahlkampf erstaunliche Einheit zeigte.

4. Herausforderungen für die kommende Legislaturperiode

Am 11. März 2018 übernimmt der neu gewählte Präsident Sebastián Piñera das Amt von seiner Vorgängerin Michelle Bachelet. Am Ende seiner Amtszeit im März 2022 wird Chile in 16 Jahren von nur zwei Personen regiert worden sein (Bachelet-Piñera-Bachelet-Piñera). Dies steht zum einen für eine gewisse personelle Stagnation und mangelnde Erneuerung in den oberen Sphären der chilenischen Politik, zum anderen jedoch auch für politische Stabilität und eine Alternanz ohne abrupte Veränderungen nach der Regierungsübernahme, die Chile in dem sehr polarisierten politischen Umfeld Lateinamerikas zu einem Sonderfall machen. Dafür, dass die chilenische Demokratie fest im Sattel sitzt, kann exemplarisch das protokollarische und live im Fernsehen übertragene Telefongespräch zwischen Bachelet und Piñera herangezogen werden, in dem die Vorgängerin ihrem Nachfolger zum Wahlsieg gratulierte. Dies kontrastiert mit manch anderen jüngeren Amtsübergaben in Nachbarländern wie etwa in Argentinien.

Gleichzeitig reiht sich die politische Entwicklung Chiles in eine allgemeine lateinamerikanische Tendenz ein, in der zuletzt eher politisch Mitte-rechts und rechts stehende Politiker und Parteien Wahlen gewinnen konnten bzw. wie im Fall Brasilien durch ein Impeachment-Verfahren an die Regierung gekommen sind. Demgegenüber waren seit Beginn des Jahrtausends in den meisten Ländern Mitte-links oder links-ste-

hende "progressive" Regierungen an der Macht. Es bleibt abzuwarten, welche Tendenzen sich im Wahljahr 2018 zeigen, in dem Präsidentschaftswahlen in Brasilien, Costa Rica, Mexiko, Kolumbien und Venezuela anstehen.

Die neue chilenische Regierung unter Präsident Piñera steht in der kommenden Legislaturperiode vor großen Herausforderungen. So wird die Politik von einem für Chile ungewöhnlichen Kräfteverhältnis in den beiden legislativen Kammern geprägt sein, in dem erstmals alle wesentlichen politischen Kräfte vertreten sein werden. Die außerparlamentarische Opposition hat den Sprung in die Institutionen geschafft. Diese Änderungen in der politischen Repräsentation des Landes sind erst durch den Reformkurs der *Nueva Mayoría* möglich geworden, die mit der Wahlgesetzreform bewusst auf Macht verzichtete, da sie dadurch den Eintritt von neuen Kräften in die beiden Kammern des Parlaments ermöglichte.

Politiker wie Andrés Allamand vertreten die These, dass der chilenische Kongress in Zukunft von "cuatro esquinas" ("vier Ecken") regiert werden wird. Diese Blöcke sind die Linke (*Frente Amplio*), die Mitte-Links-Fraktion *Fuerza de la Mayoría* (PS, PPD; PC), das Zentrum (DC) und die Rechte (*Chile Vamos*). Die Blöcke würden sich in ihrer Beschlussfähigkeit gegenseitig blockieren (Müller 2017). Piñera wird es schwer haben gegen die von der Bachelet-Regierung vorgenommenen Reformen vorzugehen, da er anders

Die neue chilenische Regierung unter Präsident Piñera steht in der kommenden Legislaturperiode vor großen Herausforderungen. So wird die Politik von einem für Chile ungewöhnlichen Kräfteverhältnis in den beiden legislativen Kammern geprägt sein, in dem erstmals alle wesentlichen politischen Kräfte vertreten sein werden.

als Bachelet mit einer ihm konträr gesinnten Mehrheit im Senat und einem fragmentierten Abgeordnetenhaus verhandeln muss. Grundlegende Reformen wie eine Verfassungsänderung sind aufgrund der sehr unterschiedlichen politischen Positionen so gut wie ausgeschlossen. Einer Reform der Verfassung müssten jeweils zwei Drittel der Abgeordneten und Senatoren zustimmen, was unter den neuen politischen Mehrheitsverhältnissen kaum denkbar ist.

Was die Zukunft der politischen Kräfte angeht, so stehen die etablierten Parteien vor schwierigen vier Jahren. Die Zukunft der *Fuerza de la Mayoría* ist ungewiss, was bereits die zahlreichen Schuldzuweisungen nach der Wahlniederlage am 17. Dezember 2017 gezeigt haben. Ihre größte Herausforderung wird es sein, die Reformen der vergangenen Legislaturperiode zu verteidigen. Piñera verspricht vor allem Änderungen in der Arbeitsmarktreform sowie eine Steuerreform, was direkt an das chilenische Unternehmertum gerichtet ist. Alleine werden er und die hinter ihm stehenden politischen Kräfte diese Vorhaben jedoch kaum durchsetzen können. Gleichzeitig ist die chilenische Rechte kein monolithischer Block, sondern verkörpert ebenso wie die Linke sich voneinander abzugrenzen versuchende politische Sensibilitäten, die sich mitunter schwer vereinbaren lassen. Somit ist durchaus zu bezweifeln, ob die Reformen der Bachelet-Regierung überhaupt angetastet werden und nicht doch die weitere Entwicklung Chiles nachhaltig beeinflussen werden.

Die DC muss sich entscheiden, ob sie sich zu einer Art "partido bisagra" ("Scharnierpartei") wandeln möchte, die mit Linken und Rechten punktuelle Bündnisse eingeht, oder sich wieder verstärkt der *Fuerza de la Mayoría* im Stile der Formierung einer neuen *Nueva Mayoría* zuwendet.

Die FA muss sich, um wachsen zu können, neuen Wählerspektren jenseits des höher gebildeten, universitären Umfelds zuwenden, in dem sie derzeit überdurchschnittlichen Einfluss hat. Dem werden jedoch aufgrund der Existenz der *Fuerza de la Mayoría* vermutlich Grenzen gesetzt sein. Es bleibt abzuwarten, inwiefern die FA zu einer Zusammenarbeit mit der *Fuerza de la Mayoría* innerhalb der Opposition bereit sein wird. Gegenwärtig hat die chilenische Rechte gegenüber der Linken den klaren Vorteil der relativen Einheit.

Auf lange Sicht muss Chile eine Alternative zum größtenteils auf dem Export von Kupfer basierenden neoextraktivistischen Wirtschaftsmodell finden. Dies geht wiederum nur über steigende Investitionen in die Infrastruktur des Landes, die trotz der Fortschritte in den vergangenen Jahrzehnten nach wie vor unterentwickelt ist, insbesondere wenn sich Chile mit anderen OECD-Ländern vergleichen möchte. Zu guter Letzt müssen die Bürger wieder vom Sinn der repräsentativen Demokratie überzeugt werden, wobei eine strikte Korruptionsbekämpfung nur den Anfang bilden kann.

Somit ist durchaus zu bezweifeln, ob die Reformen der Bachelet-Regierung überhaupt angetastet werden und nicht doch die weitere Entwicklung Chiles nachhaltig beeinflussen werden.

Literaturverzeichnis

- Adimark (2010): "Evaluación del gobierno post terremoto". <<http://www.adimark.cl/estudios/archivo.asp?id=6>> (08.12.2017).
- Altman, David (2008): "Régimen de gobierno y sistema de partidos en Chile". In: Fontaine, Arturo/ Larroulet, Cristián/Navarrete, Jorge/Walker, Ignacio (Hg.): *Reforma de los partidos políticos en Chile*. Santiago de Chile: Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD)/Centro de Estudios Públicos (CEP)/Instituto Libertad y Desarrollo/Corporación de Estudios para América Latina (CIEPLAN), S. 41-74.
- Arellano M., Jorge (2016): "Pizarro no pudo con la presión. Inminente formalización de sus hijos por caso SQM lo obliga a renunciar". <<http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2016/04/02/pizarro-no-pudo-con-la-presion-inminente-formalizacion-de-sus-hijos-por-caso-sqm-lo-obliga-a-renunciar/>> (18.11.2017).
- Bachelet, Michelle (2013): *Chile de Todos. Programa de Gobierno*. Santiago de Chile: ohne Verlag.
- BBC Mundo (17.11.2017): "Al chileno le gustan las lucas y por eso necesitamos un presidente que nos ponga a crecer". <<http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2017/11/17/al-chileno-le-gustan-las-luca-sy-por-eso-necesitamos-un-presidente-que-nos-ponga-a-crecer/>> (18.11.2017).
- CEP (Centro de Estudios Públicos) (2017): "Estudio Nacional de Opinión Pública no. 81" (Septiembre/Octubre 2017). <https://www.cepchile.cl/cep/site/artic/20171025/asocfile/20171025105022/encuestacep_sep_oct2017.pdf> (18.11.2017).
- CEPAL (2017): "CEPAL presenta nuevo informe sobre las perspectivas del comercio exterior de América Latina y el Caribe en 2017". <<https://www.cepal.org/es/noticias/cepal-presenta-nuevo-informe-perspectivas-comercio-exterior-america-latina-caribe-2017>> (18.11.2017).
- de los Reyes, Ignacio (2014): "La reforma con la que Chile busca reducir su desigualdad". <http://www.bbc.com/mundo/noticias/2014/09/140926_chile_reforma_tributaria_bachelet_irm> (25.11.2017).
- El Comercio* (2017): "Carabineros de Chile enfrentan el mayor caso de 'corrupción' de su historia". <<http://www.elcomercio.com/actualidad/carabineros-chile-corrupcion-malversacion-michellebachelet.html>> (17.11.2017).
- El Mostrador* (2017a): "Beatriz Sánchez entrega su apoyo a Guillier tras acusación de Piñera sobre votos marcados". <<http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2017/12/04/beatriz-sanchez-entrega-su-apoyo-a-guillier-tras-acusacion-de-pinera-sobre-votos-marcados/>> (05.12.2017).
- (2017b): "Líderes del Frente Amplio acusan chantaje y critican el tono paternalista usado por Guillier: 'No es el camino correcto'". <<http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2017/11/27/lideres-del-frente-amplio-acusan-chantaje-y-critican-el-tono-paternalista-usado-por-guillier-no-es-el-camino-correcto/>> (28.11.2017).
- (2017c): "La necesidad tiene cara de hereje: Ossandón pautea a Piñera y lo compromete a avanzar en gratuidad y cambiar Ley de Pesca". <<http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2017/11/23/la-necesidad-tiene-cara-de-hereje-ossandon-pautea-a-pinera-y-lo-compromete-a-avanzar-en-gratuidad-y-cambiar-ley-de-pesca/>> (25.11.2017).
- (2017d): "Cobre imparable. Superó los US\$3,2 la libra y alcanzó su mayor precio en más de 3 años". <<http://www.elmostrador.cl/mercados/2017/10/16/cobre-imparable-supero-los-us32-la-libra-y-alcanzo-su-mayor-precio-en-mas-de-3-anos/>> (20.11.2017).
- (2017e): "En algo somos campeones: ranking revela que chilenos somos los más endeudados de Latinoamérica". <<http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2017/10/12/en-algo-somos-campeones-ranking-revela-que-chilenos-somos-los-mas-endeudados-de-latinoamerica/>> (15.11.2017).
- (2017f): "SQM: Longueira será formalizado por cohecho y delito tributario". <<http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2017/09/21/sqm-longueira-sera-formalizado-por-cohecho-y-delito-tributario/>> (16.11.2017).
- (2017g): "Piñera incluyó en su declaración al Servel participación en Corpesca que omitió en 2010". <<http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2017/05/24/pinera-incluyo-en-su-declaracion-al-servel-participacion-en-corpesca-que-omitio-en-2010/>> (16.11.2017).
- (2017h): "Super de Pensiones saca al pizarrón a las AFP- Pensión promedio de jubilados en 2016 que cotizaron por más de 30 años es de

- \$435 mil". <<http://www.elmostrador.cl/mercados/2017/01/04/super-depensiones-saca-al-pizzaron-a-las-afp-pension-promedio-de-jubilados-en-2016-que-cotizaron-por-mas-de-30-anos-es-de-435-mil/>> (18.11.2017).
- Emol (2017): "Los cambios más significativos de la reforma laboral que comienza a regir hoy". <<http://www.emol.com/noticias/Economia/2017/04/01/852178/Los-cambios-mas-significativos-que-impulsaron-a-la-reforma-laboral-que-comienza-a-regir-este-1-de-abril.html>> (20.11.2017).
- Fuentes, Claudio S. (2017): "Las nuevas reglas del juego político en Chile. Partidos, campanas, probidad". <<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/chile/13550.pdf>> (10.11.2017).
- García Lorca, Macarena/Miranda, Benjamín (2017): "El fin de la inocencia del Frente Amplio". <<http://www.theclinic.cl/2017/11/22/fin-la-inocencia-del-frente-amplio/>> (25.11.2017).
- Herrmann, Boris (2017): "Eine Wahl ohne Wahlkampf". <<http://www.sueddeutsche.de/politik/chile-eine-wahl-ohne-wahlkampf-1.3754117>> (20.11.2017).
- Jiménez, Marcela (2017): "La contenida guerra civil que espera a la DC". <<http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2017/11/17/la-contenida-guerra-civil-que-espera-a-la-dc/>> (20.11.2017).
- Jiménez, Marcela/Segovia, Macarena (2017): "Guillier no cruzará el río por ahora". <<http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2017/11/22/guillier-no-cruzara-el-rio-por-ahora/>> (25.11.2017).
- La Tercera (2015): "Gasto público sustentable y crecimiento". <<http://www.latercera.com/noticia/gasto-publico-sustentable-y-y-crecimiento/#>> (21.11.2017).
- Latinobarómetro (2017): *Informe 2017*. <<http://www.latinobarometro.org>> (18.11.2017).
- Ley 20.830 (2015): "Crea el Acuerdo de Unión Civil". <<https://www.leychile.cl/Navegar?idNorma=1075210>> (18.11.2017).
- Ley 21.030 (2017): "Regula la despenalización de la interrupción voluntaria del embarazo en tres causales". <<https://www.leychile.cl/Navegar?idNorma=1108237>> (18.11.2017).
- Müller, John (2017): "Una elección que define algo más que un Presidente y un Congreso". <<http://www.economiaynegocios.cl/noticias/noticias.asp?id=418162>> (05.12.2017).
- Rebolledo, Javier (2016): *A la sombra de los cuervos. Los cómplices civiles de la dictadura*. Santiago de Chile: Ceibo Ediciones.
- Rinke, Stefan (2008): "Das politische System Chiles". In: Stüwe, Klaus/Rinke, Stefan (Hg.): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 138-167.
- Sallaberry, Juan Pablo (2017): "Poder Legislativo registra su mayor renovación desde 1990". <<http://www.latercera.com/noticia/poder-legislativo-registra-mayor-renovacion-desde-1990/>> (22.11.2017).
- Schwabe, Nicole (2015): *Die chilenische Studierendenbewegung 2011-2015 und die Konstruktion von Gegen-Hegemonie*. Universität Bielefeld: Masterarbeit.
- (2017): "El movimiento estudiantil chileno. Hacia dónde va la rebeldía de los nietos de la dictadura?". In: Pfeiffer, Christian/Fernández Darraz, Enrique/Kluger, Björn (Hg.): *Bildung in Chile*. Rostock: Universität Rostock, S. 25-37.
- Segovia, Macarena (2017): "RD el factótum del Frente Amplio que tironea a Guillier a la izquierda". <<http://www.elmostrador.cl/noticias/pais/2017/11/27/rd-el-factotum-del-frente-amplio-que-tironea-a-guillier-a-la-izquierda/>> (28.11.2017).
- Stampini, Marco/Robles, Marcos/Saénz, Mayra/Ibarrarán, Pablo/Medellín, Nadin (2015): "Pobreza, vulnerabilidad y clase media en América Latina". <<https://publications.iadb.org/bitstream/handle/11319/6878/Pobreza-vulnerabilidad-y-la-clase-media-en-America-Latina.pdf>> (16.11.2017).
- Torres Gutiérrez, Osvaldo (2017): "La ruptura de un sueño". <<http://nuso.org/articulo/la-ruptura-de-un-sueno/>> (01.12.2017).
- Valdivieso C., Cristian: "Lo que (no) dicen las encuestas del próximo domingo". <<http://www.elmostrador.cl/noticias/opinion/2017/11/15/lo-que-no-dicen-las-encuestas-sobre-el-proximo-domingo/>> (16.11.2017).
- Weisbrot, Mark/Merling, Lara/Mello, Vitor/Lefebvre, Stephan/Sammut, Joseph (2017): "Did NAFTA help Mexico? An Update after 23 years". <<http://cepr.net/images/stories/reports/nafta-mexico-update-2017-03.pdf?v=2>> (16.11.2017).

IBERO-ANALYSEN – bisherige Ausgaben:

- Heft 1:** Vorwärts in die Vergangenheit oder rückwärts in die Zukunft? Wahlen zum Ende des Jahrhunderts in Guatemala (Mario Solórzano, Oktober 1999)
- Heft 2:** Panama und die Übergabe der Kanalzone. Große Herausforderungen für ein kleines Land (Raúl Leis, Dezember 1999)
- Heft 3:** Über den Verlust von Dekaden und den Verlauf von Lernkurven. Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Irrungen und Wirrungen der wirtschaftspolitischen Diskussion in Brasilien (Jörg Meyer-Stamer, Mai 2000)
- Heft 4:** Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko. Ein kurzer Bericht vor den Wahlen (Raúl Trejo Delarbre, Juni 2000)
- Heft 5:** Lohnarbeit und Beschäftigungsentwicklung im Lateinamerika der 90er Jahre. Erwartungen, Ergebnisse und Perspektiven (Jürgen Weller, September 2000)
- Heft 6:** Der zentralamerikanische Integrationsprozess. Ende einer Entwicklungsalternative (Alvaro de la Ossa, Dezember 2000)
- Heft 7:** Venezuela unter Chávez: Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo (Friedrich Welsch / José Vicente Carrasquero, Januar 2001)
- Heft 8:** Peru nach Fujimori. Welche Chance hat die Demokratie? (Nicolás Lynch Gamero, Februar 2001)
- Heft 9:** Zehn Jahre MERCOSUR. Eine Zwischenbilanz (Hartmut Sangmeister, März 2001)
- Heft 10:** Aufbruch in Mexiko? Die langen „ersten 100 Tage“ der Regierung Fox (Günther Maihold, Dezember 2001)
- Heft 11:** Frieden, Demokratie und Entwicklung in der „Strategischen Partnerschaft“: Die Europäische Union und Lateinamerika vor dem dritten Gipfeltreffen (José Antonio Sanahuja, Dezember 2003)
- Heft 12:** Spanien und Lateinamerika: Die europäische Dimension der Beziehungen (Hugo Fazio Vengoa, Oktober 2003)
- Heft 13:** Uruguay: Zwischen Niedergang und neuen Wegen (Rodrigo Arocena, November 2003)
- Heft 14:** Der ALCA-Prozess: James Monroe versus Simón Bolívar (Hartmut Sangmeister, November 2003)
- Heft 15:** Die Kommunalwahlen im Oktober 2004 in Brasilien – Gradmesser für die Befindlichkeit der Demokratie (Bruno Wilhelm Speck, März 2005)
- Heft 16:** Ist eine vierte Regierungsperiode der Concertación möglich? Ein Vorbericht zu den Präsidentschaftswahlen in Chile im Dezember 2005 (Miguel Chávez Albarrán / Enrique Fernández Darraz, November 2005)
- Heft 17:** „Su lucha es nuestra lucha. Juntos ganaremos!“ Zentralamerikanische Migranten in den USA und das CAFTA-Abkommen (Constantin Grund, Januar 2006)
- Heft 18:** Haben die alten Eliten ausgedient? Eliten und Macht in Lateinamerika – das Beispiel Chile (Cristóbal Rovira Kaltwasser, Februar 2006)
- Heft 19:** Nach dem Wiener Gipfel. Europas schwierige Suche nach einem besonderen Verhältnis zu Lateinamerika (Günther Maihold, Juni 2006)
- Heft 20:** Die Zukunft der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika (Raúl Bernal-Meza, Juli 2006)
- Heft 21:** Hugo Chávez und der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Ein Zwischenbericht (Nikolaus Werz, Dezember 2007)
- Heft 22:** Die China-Connection: Chinesische Wirtschaftsinteressen in Lateinamerika (Hartmut Sangmeister / Yingyi Zhang, September 2008)
- Heft 23:** Das neue Lateinamerikakonzept der Bundesregierung: Politikinnovation durch Konzeptentwicklung? (Günther Maihold, Oktober 2010)
- Heft 24:** Vor den Wahlen in Mexiko: Rückkehr der PRI an die Macht? (Rocío Bravo Salazar, Mai 2012)
- Heft 25:** Zwischen Wahrheit und Amnesie. Die schwierige Aufarbeitung der Militärdiktatur in Brasilien (Iasmin Goes, Dezember 2012)
- Heft 26:** Offizielle Stellungnahmen und internationales Medienecho zum Tod des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez (Isabella Hermann, Juni 2013)
- Heft 27:** Chancen und Stolpersteine im kolumbianischen Friedensprozess (Oliver Vogel, März 2014)
- Heft 28:** The Future of U.S.-Latin American Relations under President Donald Trump (Alexander Hawley, Mai 2017)
- Heft 29:** Chile nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2017: Eine Wahlanalyse (Christian Pfeiffer / Enrique Fernández Darraz, Januar 2018).